

Der Iran: Eine Analyse von Michael Hollister in drei Teilen

5.2. – 10.2.2026

Michael Hollister war sechs Jahre Bundeswehrsoldat (SFOR, KFOR) und blickt hinter die Kulissen militärischer Strategien. Nach 14 Jahren im IT-Security-Bereich analysiert er primärquellenbasiert europäische Militarisierung, westliche Interventionspolitik und geopolitische Machtverschiebungen. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf dem asiatischen Raum, insbesondere Südostasien, wo er strategische Abhängigkeiten, Einflusszonen und Sicherheitsarchitekturen untersucht. Hollister verbindet operative Innensicht mit kompromissloser Systemkritik – jenseits des Meinungsjournalismus. Seine Arbeiten erscheinen zweisprachig auf www.michael-hollister.com, bei Substack unter <https://michaelhollister.substack.com> sowie in kritischen Medien im deutsch- und englischsprachigen Raum.

[Anmerkung von A.M. (8.2.2026): Diese ausführliche, fundierte Analyse berücksichtigt nicht die Ereignisse der letzten Wochen im Iran und in der Region.]

Teil 1: Nuklearpoker: Ambiguität als Strategie. Wie Teheran zwischen Abschreckung und Eskalation navigiert

<https://apolut.net/der-iran-teil-1-nuklearpoker-ambiguitat-als-strategie-von-michael-hollister/>

Teil 2: Wer regiert wirklich? Macht und Entscheidung in Teheran

<https://apolut.net/der-iran-teil-2-wer-regiert-wirklich-von-michael-hollister/>

Teil 3: Achse des Widerstands. Irans regionales Netzwerk zwischen Expansion und Erosion

<https://apolut.net/der-iran-teil-3-achse-des-widerstands-von-michael-hollister/>

Teil 4: Drohnen gegen Hegemonie. Asymmetrische Militärstrategie – wie die Islamische Republik ihre konventionelle Schwäche durch innovative Technologie kompensiert

<https://apolut.net/der-iran-teil-4-drohnen-gegen-hegemonie-von-michael-hollister/>

Teil 5: Blick nach Osten: multipolarer Balanceakt. Wie die Islamische Republik durch SCO, BRICS und strategische Partnerschaften westliche Isolation zu durchbrechen versucht

<https://apolut.net/der-iran-teil-5-blick-nach-osten-multipolarer-balanceakt-von-michael-hollister/>

Teil 1: Nuklearpoker: Ambiguität als Strategie. Wie Teheran zwischen Abschreckung und Eskalation navigiert

Am 2. Juli 2025 unterzeichnete der iranische Präsident Masoud Pezeshkian ein Gesetz, das die bedeutendste Verschiebung in Irans Nuklearpolitik seit dem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag 1970 markierte: Die Islamische Republik suspendierte ihre Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Kein Zugang mehr zu Anreicherungsanlagen. Keine Berichte über Uranbestände. Keine Inspektionen – zumindest nicht, bis "die Sicherheit der nuklearen Einrichtungen garantiert ist", wie es im Gesetzestext heißt.

Die Entscheidung kam nur Tage nach dem sogenannten "Twelve-Day War" im Juni 2025, als koordinierte amerikanisch-israelische Luftschläge iranischer Nuklearanlagen in Natanz, Fordow und Isfahan trafen. Die westlichen Narrative sprachen von "chirurgischen Schlägen zur Eindämmung". Teheran sprach von einem Akt der Aggression. Das Ergebnis war in beiden Fällen gleich: Iran zog sich in die Ambiguität zurück.

Seither stellt sich die zentrale Frage: Spielt Iran ein taktisches Spiel, um Verhandlungshebel zu gewinnen – oder bereitet es den Weg zur Bombe vor?

Der Schatten Israels: Was nukleare Opazität bedeutet

Um Irans aktuelles Manöver zu verstehen, lohnt ein Blick auf das Erfolgsmodell nuklearer Ambiguität: Israel. Seit den späten 1960er Jahren verfolgt der jüdische Staat eine Politik der Amimut – der bewussten Unklarheit über seinen nuklearen Status. Offizielle israelische Stellen bestätigen weder den Besitz von Atomwaffen noch dementieren sie ihn. Gleichzeitig gehen Experten davon aus, dass Israel über 80 bis 100 einsatzbereite Sprengköpfe verfügt.

Diese Strategie funktioniert, weil Israel drei entscheidende Voraussetzungen erfüllt: Erstens eine resiliente, verstreute und gehärtete nukleare Infrastruktur, die schwer zu zerstören ist. Zweitens einen politischen Schutzschild durch die USA, der internationale Inspektionen verhindert und Sanktionen abwehrt. Drittens eine totale Informationskontrolle – israelische Geheimdienste tolerieren keine Leaks, und die Gesellschaft hat verinnerlicht, dass über das Thema nicht gesprochen wird.

Nukleare Opazität ist keine pazifistische Strategie. Sie dient zwei Zwecken: Abschreckung ohne die politischen Kosten offener Proliferation. Israel kann potenzielle Gegner im Unklaren lassen, ohne sich

den Sanktionsregimen oder diplomatischen Isolation auszusetzen, die ein offizielles Atomwaffenprogramm nach sich ziehen würde.

Doch nicht jeder Versuch nuklearer Ambiguität endete erfolgreich. Der Irak versuchte es in den 1980er Jahren – bis Israel 1981 den Osirak-Reaktor zerstörte und der Golfkrieg 1991 das Programm endgültig demontierte. Libyen experimentierte mit verdeckter Entwicklung, gab aber 2003 auf und handelte einen Deal mit dem Westen aus. Beide Fälle zeigen: Opazität ohne die nötige Resilienz ist keine Strategie, sondern eine Einladung zur Präemption.

Nordkorea hingegen wählte einen anderen Weg: von Ambiguität zur offenen Bewaffnung. Pjöngjang nutzte jahrelang die Unklarheit über sein Programm, um Zeit zu gewinnen. Als die Führung entschied, dass Verschleierung nicht mehr ausreichte, demonstrierte sie ihre Fähigkeiten durch Tests. Die Lektion: Opazität kann eine Brücke zur Bombe sein, nicht notwendigerweise der Endzustand.

Der "Twelve-Day War": Anatomie einer Zäsur

Der Juni 2025 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des iranischen Nuklearprogramms. Was westliche Medien als "begrenzte Präventivschläge" bezeichneten, war aus iranischer Sicht ein koordinierter Versuch, das Programm zu zerstören. Die Angriffe erstreckten sich über zwölf Tage und trafen drei zentrale Anlagen: die unterirdische Anreicherungsanlage in Natanz, die tief in einen Berg gegrabene Anlage in Fordow und Forschungseinrichtungen in Isfahan.

Die Präzision der Schläge war bemerkenswert. Satellitenbilder zeigten Einschlagskrater direkt über den Zugangstunneln zu den unterirdischen Hallen in Fordow. In Natanz wurden offenbar gezielt die Stromversorgung und Kühlsysteme getroffen – Komponenten, ohne die Zentrifugen zur Urananreicherung nicht funktionieren können. Isfahan, wo Iran an fortgeschrittenen Zentrifugen-Designs forscht, verlor nach Angaben anonymer Quellen mehrere Labore und Werkstätten.

Was genau zerstört wurde, bleibt jedoch unklar – und genau darin liegt die strategische Bedeutung der darauffolgenden iranischen Ambiguität. Unmittelbar nach den Angriffen verkündeten iranische Staatsmedien Siegesmeldungen: Die Anlagen seien "weitgehend intakt", das Programm "unversehrt", die Luftabwehr habe "die meisten Raketen abgefangen". Doch bereits wenige Tage später korrigierte Außenminister Abbas Araghchi diese Darstellung. In einem Interview mit iranischen Medien räumte er ein, dass Fordow "schwer beschädigt" sei und es unklar bleibe, "wann – oder ob – wir die volle Anreicherungskapazität wiederherstellen können".

Diese widersprüchlichen Aussagen sind kein Zeichen von Desorganisation, sondern kalkulierte Kommunikationsstrategie. Indem Teheran wechselnde Narrative verbreitet, hält es seine Gegner im Unklaren: Wie groß ist der Schaden wirklich? Wie schnell kann Iran das Programm wiederaufbauen? Besitzt Iran noch genügend angereichertes Uran, um bei Bedarf zur Bombe durchzubrechen? Und wo genau ist dieses Material jetzt gelagert?

Die IAEA kann diese Fragen nicht beantworten, denn seit Juli 2025 hat sie keinen Zugang mehr. Israelische und amerikanische Geheimdienste mögen Satellitenbilder und Humint-Quellen haben, aber ohne Inspektoren vor Ort bleibt vieles Spekulation. Genau diese Unsicherheit ist Irans Ziel: Was die Gegner nicht wissen, können sie nicht gezielt zerstören. Was sie nicht beweisen können, können sie nicht als Legitimation für weitere Angriffe nutzen.

Doch der Twelve-Day War offenbarte auch Irans fundamentale Verwundbarkeit. Die Tatsache, dass Israel und die USA präzise die kritischsten Komponenten trafen – ohne dass Irans Luftabwehr sie effektiv stoppen konnte – zeigt die technologische Überlegenheit des Westens. Mehr noch: Die Strikes offenbarten, wie tief ausländische Geheimdienste in Irans Sicherheitsapparat eingedrungen sind. Denn nur mit präzisen Informationen über Anlagenlayouts, Schichtwechsel und Schwachstellen konnte eine solche Operation gelingen.

Irans Position: Taktik oder Transformation?

Iran ist kein Israel. Das wird jedem klar, der die strukturellen Unterschiede analysiert. Während Israel auf amerikanischen Schutz zählen kann, steht Iran unter westlichen Sanktionen. Während Israels Nuklearanlagen so gut verborgen und geschützt sind, dass selbst Luftschläge schwer durchführbar wären, sind Irans wichtigste Anlagen – Natanz, Fordow, Isfahan – seit Jahren bekannt und wurden bereits bombardiert. Während Israel eine tief verwurzelte Kultur der Geheimhaltung pflegt, hat der israelische Mossad iranische Nuklearwissenschaftler ermordet, geheime Dokumente aus Teheran entwendet und Sabotageakte durchgeführt, die auf tiefe Penetration iranischer Sicherheitsapparate hindeuten.

Was Iran seit Juli 2025 praktiziert, ist daher nicht vollständige Opazität im israelischen Sinne, sondern taktische Ambiguität. Rechtlich bleibt die Islamische Republik Mitglied des Atomwaffensperrvertrags (NPT), hat aber die Zusammenarbeit mit der IAEA suspendiert. Das bedeutet: keine Routineberichte über Uranbestände, keine Angaben zu Lagerorten, keine Inspektoren in sensiblen Anlagen.

Unmittelbar nach den Luftschlägen im Juni 2025 zeigte sich diese Ambiguität in widersprüchlichen Narrativen aus Teheran. Zunächst verkündeten Staatsmedien, die Anlagen seien intakt und das Programm unversehrt. Tage später gab Außenminister Abbas Araghchi zu, dass die Anlagen in Fordow

"schwer beschädigt" seien und es unklar sei, wann der Vollbetrieb wiederhergestellt werden könne. Gleichzeitig betonte er: "Wenn Irans Interessen es erfordern, werden wir verhandeln."

Diese scheinbar widersprüchlichen Botschaften ergeben strategisch Sinn. Iran streut Unsicherheit: Wie groß ist der Schaden wirklich? Wie schnell kann Teheran sein Programm wiederaufbauen? Wo genau befinden sich die angereicherten Uranbestände jetzt? Diese Fragen sollen Washington und Tel Aviv im Dunkeln tappen lassen – und gleichzeitig Spielraum für Diplomatie offenhalten.

Doch taktische Ambiguität ist ein gefährliches Spiel. Anders als Israel verfügt Iran nicht über die strukturellen Voraussetzungen, um langfristige Opazität aufrechtzuerhalten. Die Infrastruktur ist verwundbar. Die politische Abschirmung fehlt. Und die Intelligence-Lage ist katastrophal: Die Präzision der israelischen Strikes im Juni 2025 – die gezielt Kommandeure, Wissenschaftler und Anlagen trafen – offenbarte, wie tief ausländische Geheimdienste in iranische Strukturen eingedrungen sind.

Khameneis Fatwa: Das theologisch-politische Dilemma

Im Zentrum der iranischen Nukleardebatte steht eine religiöse Autorität, die seit Jahrzehnten als unüberwindbare Barriere gegen die Bombe gilt: die Fatwa von Ayatollah Ali Khamenei. Seit den frühen 2000er Jahren hat der Oberste Führer Irans wiederholt erklärt, dass die Entwicklung, Produktion und der Einsatz von Atomwaffen harām – religiös verboten – seien. Diese Fatwa ist keine beiläufige Meinungsäußerung, sondern ein bindendes religiöses Rechtsgutachten mit weitreichenden politischen Konsequenzen.

Die Ursprünge der Fatwa liegen im Trauma des Iran-Irak-Krieges (1980-1988), als der irakische Diktator Saddam Hussein chemische Waffen gegen iranische Truppen und Zivilisten einsetzte. Iran besaß damals die technischen Mittel, ebenfalls chemische Waffen zu entwickeln, verzichtete aber darauf – eine Entscheidung, die Khamenei später mit religiösen und moralischen Argumenten rechtfertigte. Die Logik: Die Islamische Republik darf sich nicht auf das Niveau ihrer Gegner herablassen. Massenvernichtungswaffen sind unislamisch, weil sie unterschiedslos Zivilisten töten.

Diese Position wurde auf Atomwaffen ausgeweitet. Khamenei erklärte, der Islam verbiete die Herstellung von Waffen, die ganze Städte auslöschen können. Die Fatwa wurde zum Kernstück von Irans internationaler Verteidigung: Teheran argumentierte, es könne per Definition keine Atomwaffen anstreben, weil der religiöse Führer es verboten habe. Westliche Diplomaten blieben skeptisch, aber die Fatwa bot zumindest eine narrative Grundlage für Verhandlungen wie das JCPOA.

Doch seit Oktober 2023 gerät diese Doktrin unter massiven Druck. Die Schwächung der Achse des Widerstands, die Ermordung hochrangiger iranischer Verbündeter und die direkten Angriffe auf iranisches Territorium haben eine Debatte ausgelöst, die noch vor zwei Jahren undenkbar gewesen wäre: Sollte Khamenei die Fatwa revidieren?

Im Oktober 2024 veröffentlichten iranische Aktivisten und Parlamentsabgeordnete offene Briefe, in denen sie den Obersten Führer aufforderten, seine Position zu überdenken. Ihre Argumentation: Die existenzielle Bedrohung durch Israel und die USA habe sich seit Erlass der Fatwa fundamental verändert. Damals sei Iran noch von Verbündeten umgeben gewesen. Heute stehe es isoliert einer nuklear bewaffneten Regionalmacht und einer feindseligen Supermacht gegenüber. Die Fatwa, so die Hardliner, sei unter anderen Umständen entstanden und müsse den neuen Realitäten angepasst werden.

Khamenei hat bisher nicht reagiert – zumindest nicht öffentlich. Doch die Tatsache, dass diese Debatte überhaupt geführt wird, ist bemerkenswert. In einem autoritären theokratischen System wie dem iranischen werden religiöse Urteile des Obersten Führers normalerweise nicht in Frage gestellt. Dass hochrangige Politiker und Medien dies nun tun, deutet darauf hin, dass die Führung die Diskussion zumindest toleriert – möglicherweise, um die öffentliche Meinung auf eine potenzielle Kursänderung vorzubereiten.

Sollte Khamenei die Fatwa revidieren, wäre das ein Erdbeben. Es würde nicht nur Irans internationale Position zerstören, sondern auch innenpolitisch Legitimationsfragen aufwerfen: Wenn der Oberste Führer sich in einer so fundamentalen Frage irren kann, wie unfehlbar ist er dann? Gleichzeitig: Wenn die Fatwa bestehen bleibt, aber Iran trotzdem zur Bombe greift, wird Khameneis religiöse Autorität beschädigt. Es ist ein Dilemma ohne einfachen Ausweg.

Die innenpolitische Debatte: Fatwa gegen Pragmatismus

Innerhalb Irans tobt eine Debatte, die zeigt, dass die Suspendierung der IAEA-Kooperation kein Konsens, sondern ein Kompromiss ist. Auf der einen Seite stehen die Hardliner, vor allem in den Reihen der Revolutionsgarden (IRGC). Die der IRGC nahestehende Zeitung Javan schrieb nach der Gesetzesverabschiedung unverblümt, es beginne nun eine "Periode der Stille und Ambiguität" – mit explizitem Verweis auf Israels Strategie. Parlamentsabgeordnete wie Ahmad Bakhshayesh Ardestani erklärten stolz:

"Die Amerikaner und die IAEA wissen jetzt nicht mehr, wo unser angereichertes Uran gelagert wird; sie befinden sich in einem Zustand der Unsicherheit."

Einige Hardliner gehen weiter und fordern offen den Bau von Atomwaffen. Ihr Argument: Die bisherige Politik – keine Waffen, aber umfangreiche Anreicherung – habe weder Israel noch die USA davon abgehalten, Iran anzugreifen. Nur eine nukleare Bewaffnung könne echte Abschreckung bieten.

Gleichzeitig gibt es pragmatische Stimmen, die vor den Folgen einer offenen Bewaffnung warnen. Experten argumentieren, Iran fehle es an den politischen und strukturellen Voraussetzungen, um Israels Opazitätsmodell zu replizieren. Israel genießt internationale Sonderbehandlung – keine IAEA-Inspektionen, keine Sanktionen, bedingungslose amerikanische Unterstützung. Iran hingegen würde bei jedem Schritt zur Bombe mit massiver internationaler Isolation, verschärften Sanktionen und möglicherweise militärischer Intervention rechnen müssen.

Hinzu kommt die technische Realität: Iran hat zwar bedeutende Fortschritte in der Urananreicherung gemacht (auf bis zu 60 Prozent), aber es fehlt an der notwendigen Redundanz und Härtung der Infrastruktur. Die Anlagen sind bekannt, kartiert und – wie die Strikes im Juni 2025 zeigten – angreifbar. Ein Versuch, zur Bombe durchzubrechen, würde wahrscheinlich von israelischen oder amerikanischen Geheimdiensten sofort erkannt – und könnte einen präventiven Vernichtungsschlag auslösen, bevor die Waffe fertiggestellt ist.

Die Treiber der Eskalation: Von Gaza bis zur globalen Nuklearrenaissance

Was hat Iran an diesen Punkt gebracht? Die Antwort liegt in einer Kaskade von Ereignissen seit Oktober 2023, die Teherans strategische Kalkulation fundamental erschüttert haben.

Der Gaza-Krieg war der Katalysator. Als Israel nach den Hamas-Angriffen vom 7. Oktober 2023 seine Militäroffensive startete, geriet das gesamte regionale Netzwerk Irans unter Druck. Hamas, die jahrzehntelang von Teheran finanziert und bewaffnet worden war, wurde militärisch dezimiert. Hisbollah, Irans wichtigster regionaler Verbündeter im Libanon, griff in den Konflikt ein – und bezahlte einen hohen Preis. Im September 2024 ermordete Israel Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah in Beirut. Wenige Wochen zuvor war bereits Ismail Haniyeh, der politische Führer der Hamas, bei einem Anschlag in Teheran selbst getötet worden.

Für Iran waren diese Verluste nicht nur taktische Rückschläge, sondern das Eingeständnis eines strategischen Scheiterns. Seit den 1980er Jahren hatte Teheran systematisch ein Netzwerk regionaler Verbündeter aufgebaut – die sogenannte "Achse des Widerstands" –, um sich gegen Israel und die USA zu verteidigen. Die Doktrin lautete: Indem Iran asymmetrische Kapazitäten jenseits seiner Grenzen aufbaut, schafft es "strategische Tiefe". Ein Angriff auf Iran würde Vergeltung durch Hisbollah im Libanon,

schiitische Milizen im Irak oder Huthi-Rebellen im Jemen auslösen. Diese Drohung sollte Israel und die USA abschrecken.

Die Realität der letzten 15 Monate hat diese Doktrin widerlegt. Israel griff trotz der Drohungen an – und zwar nicht nur gegen Irans regionale Verbündete, sondern direkt gegen iranisches Territorium. Im April 2024 flog Iran erstmals einen direkten Vergeltungsschlag gegen Israel, nachdem israelische Jets das iranische Konsulat in Damaskus bombardiert hatten. Die Botschaft aus Teheran war klar: "Es gibt eine neue Gleichung. Jeder Angriff auf iranische Interessen wird direkt beantwortet."

Doch auch diese rote Linie erwies sich als porös. Die Ermordung Haniyehs in Teheran, die Zerstörung der Hisbollah-Führung und schließlich die Luftschläge auf iranische Nuklearanlagen zeigten: Irans konventionelle Abschreckung funktioniert nicht. Die Narrative innerhalb Irans verschob sich: Wenn weder regionale Proxies noch ballistische Raketen Israel davon abhalten, Iran anzugreifen – was dann? Die Antwort vieler Hardliner lautet: nur Atomwaffen.

Parallel dazu verstärkte sich Irans Bedrohungswahrnehmung durch Israels eigene Nuklearpolitik. Israel besitzt geschätzt 80 bis 100 Atomsprengköpfe und ist kein Mitglied des NPT. Im November 2023 schlug ein rechtsextremer israelischer Minister öffentlich vor, Atomwaffen in Gaza einzusetzen – eine Äußerung, die international Empörung auslöste, aber in Teheran als Beweis dafür interpretiert wurde, dass Israel keine roten Linien kennt. Die Pager-Anschläge im September 2024, bei denen durch ferngesteuerte Explosionen von Kommunikationsgeräten Dutzende Hisbollah-Mitglieder getötet wurden, verstärkten diesen Eindruck: Israel scheut vor keiner Technologie zurück.

Doch es sind nicht nur regionale, sondern auch globale Dynamiken, die Irans Nuklearkalkül prägen. Der Ukraine-Krieg hat nukleare Rhetorik zurück auf die geopolitische Bühne gebracht. Russland suspendierte den New-START-Vertrag, der die strategischen Atomwaffenarsenale der USA und Russlands limitiert, und diskutiert offen über Änderungen seiner Nukleardoktrin – einschließlich niedrigerer Schwellen für den Einsatz. China rüstet sein Arsenal massiv auf. Das AUKUS-Abkommen zwischen den USA, Großbritannien und Australien sieht die Lieferung nuklear betriebener U-Boote vor – ein Signal, dass der Westen bereit ist, nukleare Technologie zur Eindämmung Chinas einzusetzen.

In Teheran werden diese Entwicklungen aufmerksam verfolgt. Einflussreiche Think Tanks wie der Strategic Council on Foreign Relations (SCFR) argumentieren, dass die Welt in eine neue Ära nuklearer Konkurrenz eintritt. Wenn selbst die Großmächte wieder auf nukleare Abschreckung setzen, warum sollte Iran – umgeben von Feinden und ohne konventionelle militärische Parität – darauf verzichten?

Wirtschaftliche Verzweiflung: Sanktionen als Radikalisierungstreiber

Hinter der nuklearen Debatte steht eine ökonomische Realität, die oft übersehen wird: Iran leidet. Die Sanktionen, die nach dem US-Rückzug aus dem JCPOA 2018 verhängt wurden, haben die iranische Wirtschaft in eine Dauerkrise gestürzt. Die Inflation liegt seit Jahren bei über 40 Prozent. Der Rial, Irans Währung, hat gegenüber dem Dollar dramatisch an Wert verloren – von etwa 42.000 Rial pro Dollar im Jahr 2018 auf zeitweise über 600.000 Rial in den schlimmsten Phasen.

Für gewöhnliche Iraner bedeutet das: Der Mittelstand verarmt. Lebensmittelpreise explodieren. Medikamente werden knapp. Akademiker und Fachkräfte verlassen das Land, weil die Perspektiven fehlen – ein Braindrain, den sich Iran eigentlich nicht leisten kann. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei geschätzten 25 Prozent. Proteste gegen die wirtschaftliche Misere werden regelmäßig niedergeschlagen.

Irans Ölexporte, die Hauptquelle für Devisen, sind durch Sanktionen massiv eingeschränkt. Teheran hat zwar Wege gefunden, Öl über Mittelsmänner nach China zu verkaufen – oft über Tanker, die ihre Transponder ausschalten und falsche Flaggen führen –, aber zu stark reduzierten Preisen. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) ist Irans Wirtschaft 2024 nur minimal gewachsen, nach Jahren der Kontraktion.

Diese wirtschaftliche Verzweiflung ist ein unterschätzter Treiber der nuklearen Radikalisierung. Parlamentsabgeordnete wie Ahmad Bakhsheh Ardestani haben die Frustration in klare Worte gefasst:

"Weder wird das JCPOA wiederbelebt, noch besitzen wir eine Atombombe – aber wir tragen die Sanktionen, als hätten wir eine. Ist diese Situation rational?"

Die Logik ist zynisch, aber aus iranischer Perspektive nachvollziehbar: Wenn Iran bereits für ein Nuklearprogramm bestraft wird, ohne die strategischen Vorteile einer Bombe zu genießen, warum dann nicht den letzten Schritt gehen? Wenn Diplomatie keine wirtschaftliche Erleichterung bringt und Zurückhaltung nicht honoriert wird, verschiebt sich die Kosten-Nutzen-Rechnung. Selbst gemäßigte Politiker, die eigentlich eine Verhandlungslösung bevorzugen würden, sehen sich gezwungen, die Hardliner-Position zu stützen, weil die Alternative – weitere Jahre wirtschaftlicher Strangulation ohne strategischen Gewinn – politisch unhaltbar ist.

Diese Dynamik wird durch Trumps Rückkehr ins Weiße Haus verschärft. Seine erste Amtszeit brachte die "Maximum Pressure"-Kampagne, die bewusst darauf abzielte, Irans Wirtschaft zu zerstören, um entweder einen Regimewechsel oder totale Kapitulation zu erzwingen. Weder das eine noch das andere trat ein. Stattdessen trieb die Politik Iran in die Arme Russlands und Chinas, stärkte die Hardliner und erodierte den Einfluss jener Kräfte, die auf Kompromisse mit dem Westen gesetzt hatten.

Die Ironie: Der Westen wollte durch Sanktionen Irans Nuklearprogramm eindämmen. Tatsächlich hat er möglicherweise das Gegenteil erreicht – eine wirtschaftlich verzweifelte Führung, die glaubt, nur die Bombe könne ihr Überleben sichern.

Russland und China: Die Grenzen der "Look East"-Strategie

Ein zentrales Element von Irans Strategie seit 2018 ist die sogenannte "Look East"-Politik: die Hinwendung zu Russland und China als Alternative zum Westen. Teheran hat diese Achse intensiv gepflegt – durch Energieabkommen mit China, militärische Kooperation mit Russland (inklusive der Lieferung von Shahed-Drohnen für den Ukraine-Krieg) und die Mitgliedschaft in Organisationen wie der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) und BRICS.

Doch wie weit reicht diese Unterstützung wirklich? Die Antwort ist ernüchternd: Moskau und Peking mögen Teheran als nützlichen Partner betrachten, aber nicht als Verbündeten, für den sie ihre eigenen Interessen aufs Spiel setzen würden.

Russland profitiert von Iran auf mehreren Ebenen. Die Shahed-Drohnen haben sich im Ukraine-Krieg als kostengünstige, effektive Waffe erwiesen. Iran bietet Russland zudem einen Hebel im Nahen Osten, um amerikanische Interessen zu stören. Doch wenn es um Irans nukleare Ambitionen geht, hält sich Moskau zurück. Russland hat kein Interesse an einer nuklear bewaffneten Regionalmacht, die das Gleichgewicht im Nahen Osten destabilisieren könnte. Zudem ist Russland selbst auf die Einhaltung von Nonproliferation-Normen angewiesen – nicht zuletzt, um seine eigene Position als anerkannte Atommacht zu legitimieren.

China ist noch vorsichtiger. Peking ist Irans größter Ölkunde und profitiert von günstigen Preisen. China hat auch strategisches Interesse daran, den amerikanischen Einfluss im Nahen Osten zu schwächen. Doch Peking hat wiederholt klargemacht, dass es Irans Rückzug aus dem NPT oder eine offene Bewaffnung nicht unterstützen würde. Ein nuklearer Iran würde nicht nur eine regionale Rüstungsspirale auslösen (Saudi-Arabien, Türkei, Ägypten könnten folgen), sondern auch die globale Nonproliferation untergraben – ein Präzedenzfall, den China nicht setzen möchte.

Die Realität zeigte sich im Juli 2025, als westliche Medien über chinesische und russische Reaktionen auf Irans IAEA-Suspension berichteten. Beide Länder kritisierten die amerikanisch-israelischen Luftschläge verbal, vermieden aber jede Unterstützung für Teherans neuen Kurs. Diplomatische Quellen zitierten einen russischen Vertreter mit den Worten:

"Iran bleibt ein wichtiger Partner, aber wir können keine Politik unterstützen, die zur regionalen Proliferation führt."

Das bedeutet: Iran ist trotz "Look East" strategisch isoliert. Moskau und Peking werden nicht eingreifen, wenn Israel oder die USA erneut zuschlagen. Sie werden Teheran nicht mit Luftabwehrsystemen versorgen, die amerikanische Stealth-Bomber abfangen können. Sie werden keine diplomatische Deckung bieten, wenn Iran aus dem NPT austritt. Die Achse Teheran-Moskau-Peking ist eine Zweckgemeinschaft, keine Allianz.

Für Iran ist das eine bittere Erkenntnis. Die Look-East-Strategie mag wirtschaftlich ein Lebensader sein und politisch Symbolwert haben, aber sie bietet keine strategische Absicherung. Sollte Iran zur Bombe greifen, steht es allein.

Drei Szenarien: Schwellenstaat, Durchbruch oder Diplomatie

Wohin führt dieser Weg? Drei Szenarien zeichnen sich ab, jedes mit eigenen Risiken und Wahrscheinlichkeiten.

- **Szenario 1: Der Schwellenstaat**

Die wahrscheinlichste Entwicklung ist, dass Iran den Status eines "Threshold State" anstrebt – eines Schwellenstaats, der technisch in der Lage ist, innerhalb weniger Wochen eine Atomwaffe zu bauen, aber formal unterhalb dieser Schwelle bleibt. Iran würde seine Urananreicherung weiter vorantreiben, Liefersysteme (ballistische Raketen) perfektionieren und Kommando- und Kontrollstrukturen aufbauen – alles Komponenten, die für eine Bombe nötig sind. Gleichzeitig bliebe Teheran Mitglied des NPT und würde keinen offenen Bruch riskieren.

Diese Strategie bietet mehrere Vorteile: Sie maximiert Irans Verhandlungshebel, ohne die politischen Kosten offener Proliferation zu tragen. Sie ermöglicht "latente nukleare Abschreckung" – die Drohung, zur Bombe durchzubrechen, wenn die Sicherheit gefährdet ist. Und sie lässt Raum für Diplomatie: Sollte ein Deal möglich sein, könnte Iran Zugeständnisse machen, ohne bereits Fakten geschaffen zu haben.

Das Risiko: Je näher Iran der Schwelle kommt, desto wahrscheinlicher wird ein präventiver Angriff durch Israel oder die USA. Der Juni 2025 zeigte, dass diese Option jederzeit auf dem Tisch liegt.

- Szenario 2: Der Durchbruch zur Bombe – Die Nordkorea-Lektion

Ein zweites, gefährlicheres Szenario ist der offene Durchbruch zur Bewaffnung. Anstatt auf einen Angriff zu warten, könnte Iran entscheiden, präventiv zur Bombe zu greifen – nach dem Motto: "Der Angriff kommt sowieso, also schaffen wir lieber vollendete Tatsachen."

Um zu verstehen, warum dieses Szenario in Teheran an Attraktivität gewinnt, lohnt ein Blick auf Nordkorea. Pjöngjangs Weg zur Bombe begann in den 1990er Jahren mit Ambiguität und diplomatischen Manövern. Nordkorea trat 1985 dem NPT bei, begann aber parallel ein geheimes Waffenprogramm. Als die USA Verdacht schöpften, verhandelte Pjöngjang – und gewann Zeit. Das Agreed Framework von 1994 versprach Nordkorea Energiehilfen im Austausch für das Einfrieren seines Programms. Doch das Abkommen zerfiel, als George W. Bush Nordkorea 2002 zur "Achse des Bösen" zählte und Pjöngjang sich eingekreist fühlte.

2003 trat Nordkorea aus dem NPT aus. 2006 folgte der erste Nukleartest. Die internationale Reaktion – Sanktionen, diplomatische Isolation – schreckten Pjöngjang nicht ab. Nordkorea hatte eine strategische Entscheidung getroffen: Lieber eine Atommacht unter Sanktionen als ein konventioneller Staat unter existenzieller Bedrohung. Heute besitzt Nordkorea schätzungsweise 40 bis 50 Sprengköpfe und ist de facto unantastbar – keine Macht würde einen Krieg gegen einen nuklear bewaffneten Gegner riskieren.

Die Parallelen zu Iran sind offensichtlich – und beunruhigend. Wie Nordkorea steht Iran unter massivem externen Druck. Wie Nordkorea hat es Verhandlungen versucht und scheitern sehen (JCPOA). Wie Nordkorea fühlt es sich existenziell bedroht. Die Lektion, die Teherans Hardliner aus Pjöngjangs Beispiel ziehen, ist klar: Nur die fertige Bombe schützt. Diplomatie ohne nukleare Rückendeckung ist Schwäche.

Mohsen Rezaei, ehemaliger Oberkommandeur der Revolutionsgarden, hat diese Logik öffentlich artikuliert. Er argumentierte im September 2024: "Nach dem Libanon wird Israel Syrien, dann den Irak und schließlich Iran angreifen. Wir müssen jetzt handeln." Für diese Fraktion ist die Frage nicht ob, sondern wann Israel zuschlagen wird – und je länger Iran wartet, desto verwundbarer wird es.

Dieses Szenario birgt jedoch immense Risiken. Ein offener Durchbruch würde sofort erkannt – die IAEA, israelische und amerikanische Geheimdienste würden Alarm schlagen. Die Wahrscheinlichkeit eines massiven Präventivschlags, möglicherweise unterstützt durch die USA, wäre extrem hoch. Iran müsste darauf wetten, dass es die Bombe schneller fertigstellen kann, als seine Gegner zuschlagen – eine Wette mit ungewissem Ausgang.

Doch wenn Iran zu dem Schluss kommt, dass ein Angriff ohnehin unvermeidlich ist, könnte die Nordkorea-Option rational erscheinen: besser eine Bombe unter Beschuss bauen als ohne Schutz untergehen.

- Szenario 3: Verhandlungshebel Diplomatie

Das dritte Szenario ist, dass Iran seine aktuelle Ambiguität als Verhandlungshebel für einen umfassenden diplomatischen Deal nutzt. Präsident Pezeshkian hat wiederholt signalisiert, dass Teheran zu Gesprächen bereit sei. Außenminister Araghchi betonte im September 2024:

"Es gibt keinen anderen Weg, die friedliche Natur von Irans Atomprogramm zu gewährleisten, außer durch Verhandlungen."

Ein solcher Deal müsste über das gescheiterte JCPOA hinausgehen. Iran würde vermutlich fordern: Sanktionserleichterungen, Sicherheitsgarantien (auch regional, nicht nur nuklear) und formale Anerkennung seines Rechts auf Urananreicherung unter Artikel IV des NPT. Im Gegenzug könnte Teheran die IAEA-Kooperation wieder aufnehmen, das Additional Protocol ratifizieren und Obergrenzen für die Anreicherung akzeptieren.

Das Problem: Ein solcher Deal erfordert Flexibilität auf beiden Seiten – und die ist unter Donald Trumps zweiter Amtszeit kaum zu erwarten. Trump, der 2018 das JCPOA zerriss und eine "Maximum Pressure"-Kampagne startete, ist zurück im Weißen Haus. Seine bedingungslose Unterstützung für Israels Netanyahu-Regierung macht Zugeständnisse unwahrscheinlich. Europa könnte als Vermittler auftreten, aber seine Handlungsfähigkeit ist begrenzt – wie die Aktivierung des Snapback-Mechanismus im August 2025 zeigte, einer verzweifelten Maßnahme ohne klare Folgeperspektive.

Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios ist aktuell niedrig – aber nicht unmöglich, falls sich die Umstände ändern.

Trump 2.0: Der X-Faktor

Die Wiederwahl Donald Trumps im November 2024 ist der entscheidende externe Faktor in Irans Nuklearkalkül. Trumps erste Amtszeit war geprägt von maximaler Konfrontation: Rückzug aus dem JCPOA, Wiedereinsetzung und Verschärfung von Sanktionen, die Ermordung des IRGC-Generals Qassem Soleimani im Januar 2020. Seine zweite Amtszeit verspricht Kontinuität – wenn nicht Eskalation.

Trump pflegt ein enges Verhältnis zu Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und hat wiederholt erklärt, er werde Israel "bedingungslos" unterstützen. Gleichzeitig propagiert Trump das Narrativ, er habe "Irans Atomprogramm zerstört" – eine Behauptung, die faktisch unhaltbar ist, aber politisch wichtig: Trump muss dieses Image verteidigen, was ihn anfällig für Druck macht, erneut militärisch gegen Iran vorzugehen.

Innerhalb der Trump-Administration gibt es jedoch Spannungen. Auf der einen Seite stehen hawkische Berater, die eine harte Linie gegen Iran fordern und möglicherweise auf weitere Militärschläge drängen. Auf der anderen Seite stehen MAGA-Isolationisten, die keine neuen Kriege im Nahen Osten wollen. Diese interne Dynamik ist schwer vorherzusagen – aber die Geschichte zeigt, dass Trump eher zu impulsiven Entscheidungen neigt, wenn er innenpolitisch unter Druck steht.

Für Iran bedeutet Trump 2.0 vor allem eines: Die Wahrscheinlichkeit weiterer militärischer Angriffe steigt. Sollte Israel erneut iranische Nuklearanlagen bombardieren – diesmal mit amerikanischer Unterstützung oder Billigung –, könnte dies der finale Katalysator sein, der Teheran zur Entscheidung zwingt: Bombe oder Kapitulation.

Quellenangaben

Nukleare Opazität & Proliferation

Krzysztof Tyszkowski (2022): "The Coming Age of Nuclear Opacity", *American Affairs Journal* <https://americanaffairsjournal.org/2022/08/the-coming-age-of-nuclear-opacity/>

Arms Control Association (2025): "Nuclear Weapons: Who Has What at a Glance" <https://www.armscontrol.org/factsheets/nuclear-weapons-who-has-what-glance>

Shane Smith (2015): "North Korea's Evolving Nuclear Strategy", US-Korea Institute at SAIS <https://wmdcenter.ndu.edu/Portals/97/Documents/Publications/Articles/Evolving-Nuclear-Strategy.pdf>

Pierre Goldschmidt (2018): "Nuclear Nonproliferation: Six Lessons Not Yet Learned", *Arms Control Today* <https://carnegieendowment.org/posts/2018/03/nuclear-nonproliferation-six-lessons-not-yet-learned> (Seite nicht mehr abrufbar)

Målfrid Braut-Hegghammer (2017): "Giving Up on the Bomb: Revisiting Libya's Decision to Dismantle Its Nuclear Program", Wilson Center <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/giving-the-bomb-revisiting-libyas-decision-to-dismantle-its-nuclear-program>

Iran: Twelve-Day War & IAEA-Suspension (2025)

Reuters (25. Juni 2025): "Iran's parliament approves bill on suspending cooperation with IAEA" <https://www.reuters.com/world/middle-east/iran-parliament-approves-bill-suspend-cooperation-with-un-nuclear-watchdog-2025-06-25/>

Nicole Grajewski (1. Juli 2025): "Iran After the Battle", Carnegie Endowment *Diwan*
<https://carnegieendowment.org/middle-east/diwan/2025/07/iran-after-the-battle> (Seite nicht mehr abrufbar)

Patrick Wintour (25. Juni 2025): "Iran's Parliament Approves Bill to Suspend Cooperation with IAEA", *The Guardian* <https://www.theguardian.com/world/2025/jun/25/irans-parliament-approves-bill-to-suspend-cooperation-with-iaea>

Ellie Geranmayeh (21. Juli 2025): "Snap Out of It: Europe, Iran and Nuclear Negotiations", European Council on Foreign Relations
<https://ecfr.eu/article/snap-out-of-it-europe-iran-and-nuclear-negotiations/>

IRNA (12. Juni 2025): "Iran Warns It May Withdraw from N.P.T. if U.N. Sanctions Are Reinstated"
<https://en.irma.ir/news/85859600/iran-warns-it-may-withdraw-from-N-P-T-if-U-N-sanctions-are>

Irans Nukleardiskurs & Hardliner-Positionen

Francois Murphy (29. August 2024): "Iran's Uranium Enrichment Rolls On, Key Issues Stalled, IAEA Reports Show", *Reuters* <https://www.reuters.com/world/middle-east/irans-uranium-enrichment-rolls-key-issues-stalled-iaea-reports-show-2024-08-29/>

Iran Press (24. August 2024): "Iran's Araghchi: JCPOA Cannot Be Revived; New Negotiations Must Be Formed"
<https://iranpress.com/iran-s-araghchi--jcpoa-cannot-be-revived--new-negotiations-must-be-formed>

Reuters (9. Februar 2021): "Iran's Spy Chief Says Tehran Could Seek Nuclear Arms if 'Cornered' by West"
<https://www.reuters.com/article/world/irans-spy-chief-says-tehran-could-seek-nuclear-arms-if-cornered-by-west-idUSKBN2A91TB/>

Iran International (12. Februar 2024): "The Former Head of the Atomic Energy Organization Refers to Iran's Ability to Build an Atomic Bomb" [Persisch]
<https://www.iranintl.com/202402122407>

Nour News (9. Mai 2024): "Kharrazi: If Iran's Existence Is Threatened, We Will Change Our Nuclear Doctrine" [Persisch]
<https://nournews.ir/fa/news/172662>

Asr Iran (18. April 2024): "Nuclear Protection Corps: In Case of Enemy Threat, We May Revise the Nuclear Doctrine" [Persisch]
<https://www.asriran.com/fa/news/959732>

Entekhab (11. August 2024): "A Member of the Parliament Called for Building Nuclear Weapons in Response to the Assassination of Ismail Haniyeh" [Persisch]

<https://www.entekhab.ir/fa/news/808149>

Khabar Online (15. Oktober 2024): "Request to the Leader to Change the Fatwa on the Prohibition of Building an Atomic Bomb" [Persisch]

<https://www.khabaronline.ir/news/1971355>

Javan Online (3. Juli 2025): "The Beginning of a Period of Silence and Ambiguity" [Persisch]

<https://www.javanonline.ir/fa/news/1305494/>

Didban Iran (30. Juni 2025): "The US and the IAEA Are Confused about the Location of Iran's Enriched Uranium" [Persisch]

<https://www.didbaniran.ir/fa/tiny/news-228126>

Gaza-Krieg, Israel & regionale Dynamiken

Erwin van Veen & Hamidreza Azizi (25. Juni 2024): "Playing with Fire: Patterns of Iranian-Israeli Military Confrontation", *War on the Rocks* [https://warontherocks.com/2024/06/playing-with-fire-patterns-of-](https://warontherocks.com/2024/06/playing-with-fire-patterns-of-iranian-israeli-military-confrontation/)

[iranian-israeli-military-confrontation/](https://warontherocks.com/2024/06/playing-with-fire-patterns-of-iranian-israeli-military-confrontation/)

Hamidreza Azizi (27. Oktober 2024): "How Will Iran React to Israel's Latest Strikes?", ME Council *Afkar* (blog)

https://mecouncil.org/blog_posts/how-will-iran-react-to-israels-latest-strikes/

Michael Bachner (5. November 2023): "Far-Right Minister Says Nuking Gaza an Option, PM Suspends Him from Cabinet Meetings", *The Times of Israel* <https://www.timesofisrael.com/far-right-minister-says-nuking-gaza-an-option-pm-suspends-him-from-cabinet-meetings/>

Al Jazeera (23. Juni 2025): "How Extensive Are Israel's Intelligence Operations inside Iran?"

<https://www.aljazeera.com/news/2025/6/23/how-extensive-are-israels-intelligence-operations-inside-iran>

Hamidreza Azizi & Erwin van Veen (5. März 2024): "Iran and Gaza in Regional Perspective: Winning the Battle, but Losing the War?", Clingendael Institute

<https://www.clingendael.org/publication/iran-and-gaza-regional-perspective-winning-battle-losing-war>

Hamidreza Azizi (Februar 2021): "The Concept of 'Forward Defence': How Has the Syrian Crisis Shaped the Evolution of Iran's Military Strategy?", Geneva Centre for Security Policy (GCSP)

<https://www.gcsp.ch/publications/concept-forward-defence-how-has-syrian-crisis-shaped-evolution-irans-military-strategy>

Internationale Dynamik & Trump

Edward Wong (6. Juli 2025): "China and Russia Keep Their Distance from Iran During Crisis", *The New York Times* <https://www.nytimes.com/2025/07/06/us/politics/axis-china-russia-iran-north-korea.html>

Amichai Stein (6. Juli 2025): "Netanyahu Seeks US Mechanism for Approval on Future Iran Strikes if Nuclear Threat Resurfaces", *The Jerusalem Post* <https://www.jpost.com/israel-news/article-860175>

Andrew Roth (17. Juni 2025): "Republican Hawks vs Maga Isolationists: The Internal War That Could Decide Trump's Iran Response", *The Guardian* <https://www.theguardian.com/us-news/2025/jun/17/republican-hawks-vs-maga-isolationists-the-internal-war-that-could-decide-trumps-iran-response>

Avner Cohen (20. Juli 2025): "Israel and Iran's Nuclear Strategies: Unexpected Parallels", *Haaretz* <https://www.haaretz.com/opinion/2025-07-20/ty-article-opinion/.premium/the-unexpected-parallels-in-israel-and-irans-nuclear-strategies/00000198-17ee-d89e-a7bf-77efb47a0000>

Globale Nuklearentwicklungen

Seyyed Reza Mirtaheer (5. Februar 2024): "The Escalation of Nuclear Tensions between Russia and the United States after the Ukraine War" [Persisch], Strategic Council on Foreign Relations (SCFR) <https://www.scfr.ir/fa/10/253836/>

Mizan News Agency (12. Oktober 2023): "What Is the Purpose of the West in Strengthening Nuclear Submarines?" [AUKUS] [Persisch] <https://www.mizanonline.ir/fa/news/4737239>

Al-Alam (28. Juni 2024): "SIPRI: The Increasing Role of Nuclear Weapons in Geopolitical Tensions" [Persisch] <https://fa.alalam.ir/news/6885728>

Wirtschaftliche & sanktionspolitische Dimension

Abdolrahman Fathollahi (13. August 2024): "Nuclear Weapon as a Tool to Establish a Balance of Terror Against Israel" [Persisch], *Iranian Diplomacy* <http://www.irdiplomacy.ir/fa/news/2027477>

Zusätzliche Hintergrundquellen (Optional für Vertiefung)

Seyyed Mehdi Talebi & Fatemeh Barimani (11. Mai 2024): "Iran's Complex Nuclear Game" [Persisch], *Farhikhtegan Daily* <http://fdn.ir/190684>

Aref Dehghandar (23. August 2024): "Latent Nuclear Deterrence Strategy" [Persisch], *Etemad Daily*
<https://www.etemadnewspaper.ir/fa/Main/Detail/220951>

Asr Iran (28. September 2024): "Mohsen Rezaei: Israel Might Attack Iran; Regional States Should Decide as Soon as Possible" [Persisch]
<https://www.asriran.com/fa/news/1000728>

Entekhab (6. September 2024): "Araghchi: In Addition to Lebanon, the Issue of Ukraine and Nuclear Negotiations Have Been Brought Up in Discussions with European Countries" [Persisch]
<https://www.entekhab.ir/fa/news/820757>

Teil 2: Wer regiert wirklich? Macht und Entscheidung in Teheran

Als im März 2023 die Nachricht um die Welt ging, dass Iran und Saudi-Arabien ihre diplomatischen Beziehungen wiederaufnehmen würden, sprachen westliche Medien von einer Überraschung. Doch wer genau hatte diesen Deal ausgehandelt? Der iranische Außenminister? Nein. Es war Ali Shamkhani, damals Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats (SNSC), der die Verhandlungen führte – ein Mann mit militärischem Hintergrund, nicht ein Diplomat im klassischen Sinne. Wenige Wochen später wurde Shamkhani gefeuert und durch Ali Akbar Ahmadian ersetzt, einen pensionierten General der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC). Die Botschaft war klar: In Teheran entscheidet nicht das Außenministerium über strategische Außenpolitik.

Diese Episode illustriert eine fundamentale Realität des iranischen Systems, die im Westen oft missverstanden wird: Iran hat zwei Außenpolitiken. Eine formale, die in der Verfassung verankert ist und vom Außenministerium repräsentiert wird. Und eine informelle, die von Sicherheitsapparaten dominiert wird und die tatsächlichen Entscheidungen trifft. Wer Iran verstehen will – seine Nuklearpolitik, seine Regionalpolitik, sein Verhältnis zum Westen – muss verstehen, wie diese beiden Ebenen interagieren und wie sich ihr Verhältnis in den vergangenen Jahren dramatisch verschoben hat.

Die Architektur der Macht: Formale Strukturen

Die iranische Verfassung von 1979 etabliert ein komplexes System, das religiöse und republikanische Elemente verbindet. An der Spitze steht der Oberste Führer, derzeit Ayatollah Ali Khamenei, der seit 1989 im Amt ist. Die Verfassung gibt ihm die finale Autorität über alle strategischen Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Nuklearprogramm und die Beziehungen zu den USA. Khamenei ernennt die Kommandeure der Streitkräfte, den Leiter der Justiz und hat informell entscheidenden Einfluss auf die Besetzung des SNSC-Sekretariats. Seine Rolle ist jedoch komplexer als die eines Alleinherrschers: Khamenei muss zwischen verschiedenen Machtzentren balancieren und ist darauf angewiesen, dass seine Entscheidungen von Schlüsselinstitutionen umgesetzt werden.

Der Präsident führt formal die Exekutive und ist das öffentliche Gesicht der iranischen Außenpolitik. Er ernennt das Kabinett, einschließlich des Außenministers, und repräsentiert Iran bei internationalen Foren wie den Vereinten Nationen. Doch seine tatsächliche Macht ist begrenzt. Unter Präsident Hassan Rouhani (2013-2021) gelang es, das historische Atomabkommen JCPOA auszuhandeln – aber nur, weil Khamenei grünes Licht gab und weil der damalige SNSC-Sekretär Ali Shamkhani den Deal intern

absicherte. Als Donald Trump 2018 aus dem Abkommen ausstieg, distanzierte sich Khamenei schnell und bezeichnete den JCPOA rückblickend als "pure Damage". Die Episode zeigt das Muster: Erfolge beansprucht die oberste Führung, Misserfolge werden anderen zugeschrieben.

Das Außenministerium sollte theoretisch das Zentrum der iranischen Diplomatie sein. Unter Rouhani führte Außenminister Mohammad Javad Zarif die JCPOA-Verhandlungen und war international respektiert. Doch selbst in dieser Zeit klagte Zarif intern über systematische Sabotage durch militärische Akteure. In einem 2021 geleakten Audio sagte er:

"Das Land hat zwei Außenpolitiken: eine vom Außenministerium und eine von den Streitkräften. Das Battlefield sabotierte wiederholt meine diplomatischen Bemühungen."

Unter Rouhanis Nachfolger Ebrahim Raisi (2021-2024) wurde das Außenministerium weiter marginalisiert. Raisis Außenminister Hossein Amirabdollahian, der im Mai 2024 zusammen mit Raisi bei einem Helikopterabsturz starb, war offen IRGC-nah und formulierte die neue Doktrin explizit: "Es gibt eine enge Koordination zwischen Diplomatie und Battlefield."

Der Oberste Nationale Sicherheitsrat (SNSC) fungiert als Brücke zwischen den verschiedenen Machtstrukturen. Er besteht aus dem Präsidenten (Vorsitz), Vertretern des Militärs, der Justiz, der Legislative sowie dem Außen- und Innenminister. Der SNSC-Sekretär, formal vom Präsidenten ernannt, bedarf faktisch der Billigung Khameneis. Zwischen 2003 und 2013 führte der SNSC die Nuklearverhandlungen unter Ali Larijani und später Saeed Jalili. Rouhani verlagerte diese Verantwortung 2013 auf sein Außenministerium, doch seit 2021 ist sie zurück beim SNSC – jetzt unter Ahmadian, der nicht nur Ex-General ist, sondern auch enge Verbindungen zur IRGC-Führung hat. Der SNSC führte die Saudi-Annäherung, er verhandelt mit Russland über strategische Partnerschaft, er koordiniert die Positionen zu SCO und BRICS. Das bedeutet: Sicherheitslogik dominiert über diplomatische Überlegungen.

Die unsichtbare Hand: Informelle Machtstrukturen

Neben diesen verfassungsmäßigen Institutionen existiert ein Netzwerk informeller Akteure, die oft mehr Einfluss haben als die formalen Amtsträger. An erster Stelle stehen die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC, persisch: Sepah-e Pasdaran). Die IRGC [Islamic Revolutionary Guard Corps] wurden 1979 gegründet, um die Revolution zu schützen – nicht die Nation, sondern die Revolution. Sie unterstehen nur dem Obersten Führer, nicht der Regierung, und haben keine zivile Kontrolle. Mit geschätzten 190.000 aktiven Soldaten und einer eigenen Marineeinheit sind sie parallel zur regulären Armee organisiert. Ihre Quds-Einheit (übersetzt: Jerusalem-Einheit) ist für Auslandsoperationen zuständig und baut seit

Jahrzehnten die sogenannte "Achse des Widerstands" auf – ein Netzwerk von Verbündeten in Libanon, Syrien, Irak, Jemen und Palästina.

Die IRGC ist aber weit mehr als eine Militärorganisation. Sie kontrolliert große Teile der iranischen Wirtschaft: Baukonzerne, Ölschmuggel-Netzwerke, Telekommunikation. Durch diese ökonomische Macht haben die Garden ein Eigeninteresse an bestimmten außenpolitischen Konstellationen. Sanktionen etwa schaffen lukrative Schwarzmärkte, die von IRGC-nahen Händlern dominiert werden. Im April 2024 luden die Revolutionsgarden den Schweizer Botschafter ein, um eine Botschaft an die USA zu übermitteln – ein beispielloser Bruch diplomatischen Protokolls, der zeigt, dass die IRGC mittlerweile offen als außenpolitischer Akteur auftreten.

Ein weiteres informelles Machtzentrum ist der Strategische Rat für Außenbeziehungen (Strategic Council on Foreign Relations, SCFR), der 2006 als Beratergremium für Khamenei gegründet wurde. Vorsitzender ist Kamal Kharrazi, der von 1997 bis 2005 Außenminister war. Der SCFR fungiert als eine Art außenpolitischer Think Tank der obersten Führung und betreibt informelle Track-Two-Diplomatie mit ausländischen Delegationen. Kharrazi selbst machte im Mai 2024 Schlagzeilen, als er öffentlich die Möglichkeit einer Revision der iranischen Nukleardoktrin erwähnte – eine Aussage, die nur mit Billigung Khameneis gemacht worden sein kann.

Schließlich spielten bis 2021 politische Fraktionen eine Rolle im außenpolitischen Diskurs. Reformisten und Moderate, repräsentiert durch Figuren wie Mohammad Khatami (Präsident 1997-2005) und Hassan Rouhani, argumentierten für Engagement mit dem Westen, während Konservative und Hardliner auf Konfrontation setzten. Doch seit 2020 ist diese pluralistische Phase vorbei. Durch einen Prozess, den iranische Insider als "Purification" (Reinigung) bezeichnen, wurden Reformisten systematisch aus allen Machtzentren entfernt: Das Parlament ist seit 2020 hardliner-dominiert, nachdem der Wächterrath tausende moderate Kandidaten disqualifizierte. Die Präsidentschaftswahlen 2021 und 2024 liefen nach demselben Muster.

Vier Wege der Transformation

Zwischen 2021 und 2024 hat das iranische System eine radikale Umstrukturierung erlebt, die sich in vier Kategorien einordnen lässt: rechtliche, institutionelle, funktionale und personelle Veränderungen. Jede dieser Transformationen hat dazu beigetragen, das Außenministerium zu marginalisieren und die Sicherheitsapparate zu stärken.

Die rechtliche Transformation zeigt sich am deutlichsten im Januar 2024 verabschiedeten Entwicklungsplan-Gesetz. Ursprünglich sah dieses Gesetz vor, dass militärische Einheiten, die

Atomenergie-Organisation (AEOI) und der Geheimdienst das Außenministerium nicht mehr über ihre internationalen Aktivitäten informieren müssen. Nach öffentlichen Protesten, insbesondere von Ex-Außenminister Zarif, wurde das Gesetz leicht modifiziert: AEOI und Geheimdienst müssen nun doch informieren, das Militär – sprich die IRGC – jedoch nicht. Zarifs Kommentar dazu war vernichtend: "Jedes Ministerium hat sein eigenes Außenministerium." Die rechtliche Fragmentierung der Außenpolitik ist damit kodifiziert.

Institutionell hat sich die Rolle des SNSC fundamental gewandelt. Während Rouhani den SNSC weitgehend umging und Zarif direkt mit der JCPOA-Diplomatie beauftragte, ist der SNSC unter Raisi zum Zentrum aller strategischen außenpolitischen Entscheidungen geworden. Die Nukleardiplomatie liegt wieder beim SNSC, ebenso die Beziehungen zu Saudi-Arabien, Russland, China und den regionalen Nachbarn. Die Verhandlungen über SCO- und BRICS-Mitgliedschaft laufen über den SNSC. Diese institutionelle Verschiebung bedeutet, dass technokratische Expertise (die das Außenministerium bereitstellen könnte) durch sicherheitspolitische Kalkulationen ersetzt wird.

Die funktionale Transformation zeigt sich in der neuen Hierarchie zwischen "Diplomatie" und "Battlefield". Zarif beschrieb unter Rouhani eine ständige Spannung: Während er versuchte, mit Saudi-Arabien zu verhandeln, unterminierte die IRGC durch militärische Operationen über ihre Proxies diese Bemühungen. Amirabdollahian drehte diese Logik um: Diplomatie sollte nun die Militärstrategie unterstützen, nicht umgekehrt. Das klassische Primat der Politik über das Militär wurde invertiert. Ein symbolisches Beispiel: Als die IRGC im April 2024 den Schweizer Botschafter einlud, um eine Nachricht an Washington zu übermitteln (die Schweiz vertritt US-Interessen in Iran), geschah dies unter Umgehung des Außenministeriums. Die IRGC agiert mittlerweile als eigenständiger außenpolitischer Akteur.

Die personelle Transformation schließlich eliminierte die letzten pragmatischen Stimmen aus dem System. Ali Shamkhani, der als SNSC-Sekretär von 2013 bis 2023 amtierte, war ein erfahrener Sicherheitsexperte mit militärischem Hintergrund (er kämpfte im Iran-Irak-Krieg), aber auch ein Pragmatiker. Er verhandelte nicht nur den Iran-Saudi-Deal, sondern war auch ein Befürworter der JCPOA-Umsetzung. Im Mai 2023, nur zwei Monate nach dem Triumph der Saudi-Annäherung, wurde er gefeuert. Sein Nachfolger Ahmadian ist ein ehemaliger IRGC-General ohne diplomatische Erfahrung. Ali Larijani, der als Parlamentspräsident (2008-2020) eine zentrale Rolle in der iranischen Politik spielte und die Verhandlungen für den 25-Jahres-Deal mit China (2021) vermittelte, wurde ebenfalls marginalisiert. Der Grund für diese Säuberungen liegt in der Vorbereitung auf die Post-Khamenei-Ära: Die IRGC-Führung will sicherstellen, dass keine unabhängigen Machtbasen existieren, die nach Khameneis Tod (er ist 85 Jahre alt) eine Rolle spielen könnten.

Vier Trends mit weitreichenden Folgen

Diese strukturellen Veränderungen haben vier übergreifende Trends erzeugt, die Irans Außenpolitik prägen und künftig prägen werden.

Der erste Trend ist Zentralisierung. Unter Rouhani existierte ein außenpolitischer Dualismus: Das Außenministerium verfolgte Engagement mit dem Westen, während hardliner Institutionen (IRGC, Justiz, konservative Medien) diese Politik sabotierten. Das klassische Beispiel ist die gescheiterte Annäherung an Saudi-Arabien: Rouhani und Zarif versuchten mehrfach, Gespräche mit Riad aufzunehmen, doch jedes Mal torpedierten IRGC-Operationen (etwa Angriffe auf saudische Ölanlagen durch jemenitische Houthis) diese Bemühungen. Unter Raisi war die Situation fundamental anders: Die gesamte außenpolitische Elite – Präsident, SNSC, Außenministerium, IRGC – verfolgte dieselbe Strategie. Als Ahmadian und Shamkhani 2023 mit den Saudis verhandelten, gab es keine internen Blockaden. Das Paradox: Der Iran-Saudi-Deal gelang nicht trotz, sondern wegen der Hardliner-Dominanz. Zentralisierung schafft kurzfristig Handlungsfähigkeit, eliminiert aber gleichzeitig jede Kurskorrektur durch interne Debatten.

Der zweite Trend ist Anti-Westernism als ideologische Grundlage. Während Rouhani zwischen 2013 und 2021 auf eine doppelte Strategie setzte – Engagement mit dem Westen plus Absicherung durch östliche Partner (Russland, China) –, hat die Raisi-Administration den Westen komplett abgeschrieben. Die Ideologie dahinter ist simpel: Die USA sind eine Supermacht im Niedergang, Europa ist ein Vasall Washingtons, der Westen ist historisch feindselig gegenüber Iran und Kompromisse sind nutzlos, weil der Westen sie immer brechen wird (Trump-Beweis: Ausstieg aus JCPOA 2018). Khamenei selbst formulierte diese Sichtweise in zahlreichen Reden, in denen er von "Shattered Hegemony" sprach – der zerfallenden US-Dominanz. Diese Ideologie ist nicht nur Rhetorik: Sie übersetzt sich in konkrete Policy-Entscheidungen. Unter Raisi gab es keine ernsthaften Anstrengungen, das Atomabkommen wiederzubeleben, obwohl Biden dazu bereit gewesen wäre. Stattdessen wurde die "Look East"-Strategie intensiviert: SCO-Vollmitgliedschaft (2023), BRICS-Beitritt (2024), strategische Partnerschaft mit Russland, 25-Jahres-Abkommen mit China. Diese Orientierung ist mittlerweile systemisch verankert, nicht personenabhängig. Selbst wenn ein "moderater" Präsident wie Masoud Pezeshkian (seit Juli 2024 im Amt) Annäherung an den Westen sucht, fehlen ihm die institutionellen Hebel dafür.

Der dritte Trend ist Militarisierung der Außenpolitik. Außenpolitische Entscheidungen werden zunehmend durch eine Sicherheitslinse betrachtet, nicht durch eine diplomatische. Ein Beispiel aus dem Januar 2024 illustriert dies: Iran feuerte Raketen auf kurdische Stellungen im Nordirak und auf separatistische Gruppen in der pakistanischen Provinz Baluchistan. Offiziell waren dies Anti-Terror-Operationen, aber die Botschaft war politisch: Iran zeigte Stärke gegenüber Israel (das kurdische Ziele in Irak angeblich für

Mossad-Operationen nutzt) und gegenüber Pakistan (das mit Saudi-Arabien verbündet ist). Traditionelle Diplomatie hätte solche Aktionen als eskalierend und kontraproduktiv betrachtet – aus IRGC-Sicht waren sie rationale Signale. Die Achse des Widerstands, also die Unterstützung von Hezbollah, Hamas, irakischen Schiiten-Milizen und jemenitischen Houthis, wird vollständig von der IRGC-Quds-Einheit koordiniert, nicht vom Außenministerium. Der Export iranischer Shahed-Drohnen nach Russland (die in der Ukraine eingesetzt werden) war ein IRGC-Deal, keine Regierungsentscheidung. Das Risiko dieser Militarisierung liegt in Fehlkalkulationen: Militärische Logik neigt zu Eskalation, diplomatische Kanäle zur Deeskalation werden vernachlässigt.

Der vierte Trend ist Autoritarismus, sowohl innen als auch außen. Im Inland hat das Regime nach den massiven Protesten 2022 (ausgelöst durch den Tod von Mahsa Amini in Polizeigewahrsam) die Repression verschärft: Internetzensur, Überwachung, Niederschlagung von Zivilgesellschaft. Nach außen manifestiert sich dieser Autoritarismus in enger Kooperation mit Russland und China bei Cyber-Technologie, Informationssicherheit und Überwachungssystemen. Im Jahr 2023 unterzeichnete Iran ein Abkommen mit Russland über "Information Security", das technischen Austausch bei Internet-Filtering beinhaltet. Chinas Social-Credit-System inspiriert iranische Plattformen zur Überwachung von Bürgern. Der Vorteil dieser autoritären Kooperation liegt darin, dass östliche Partner keine Menschenrechts-Kritik üben – im Gegensatz zum Westen, für den Menschenrechte (zumindest rhetorisch) Teil der Außenpolitik sind. Innere Repression und äußere Orientierung verstärken sich gegenseitig: Je autoritärer das System, desto weniger anschlussfähig an westliche Demokratien, desto notwendiger die Bindung an autoritäre Partner.

Was bedeutet das für die Praxis?

Diese strukturellen und ideologischen Veränderungen haben konkrete Auswirkungen auf Irans außenpolitisches Verhalten. Die Zentralisierung macht Iran kurzfristig berechenbarer: Wenn Khamenei, SNSC und IRGC dieselbe Linie verfolgen, wird diese auch umgesetzt. Die Saudi-Annäherung zeigt, dass Iran durchaus fähig ist zu pragmatischer Regionalpolitik, wenn die interne Sabotage fehlt. Auch die Stabilisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten und zur Türkei folgt dieser Logik. Iran hat 2023 und 2024 systematisch seine Beziehungen zu regionalen Nachbarn verbessert – nicht aus ideologischer Überzeugung, sondern weil es strategisch sinnvoll war und weil die interne Koordination funktionierte.

Gleichzeitig schafft dieselbe Zentralisierung langfristige Risiken. Systeme ohne interne Gegenstimmen neigen zu Fehlentscheidungen, weil Groupthink nicht korrigiert wird. Die vollständige Elimination

reformistischer oder moderater Perspektiven bedeutet, dass niemand mehr intern argumentiert "vielleicht sollten wir doch mit dem Westen reden" oder "diese militärische Eskalation könnte nach hinten losgehen". Ali Larijani etwa war jemand, der sowohl konservative Credentials hatte (er war nie ein Reformist) als auch pragmatisch agierte. Solche Figuren fehlen jetzt komplett.

Der Anti-Westernism als Ideologie führt zu einer self-fulfilling prophecy: Iran handelt, als sei der Westen irrelevant, was westliche Politiker bestätigt, die Iran isolieren wollen, was Iran wiederum in seiner Ideologie bestärkt. Diese Spirale macht Diplomatie extrem schwierig. Selbst wenn ein US-Präsident oder ein EU-Außenminister Verhandlungen anbieten, ist die iranische Seite ideologisch darauf programmiert, dies als Täuschung zu interpretieren. Der JCPOA funktionierte 2015, weil beide Seiten glaubten, etwas zu gewinnen; die Bedingungen für einen "JCPOA 2.0" existieren heute nicht mehr, weil in Teheran niemand mehr glaubt, dass der Westen ein verlässlicher Partner sein kann.

Die Militarisierung erhöht die Gefahr von Eskalationen, die keine Seite wirklich will. Der Gaza-Krieg seit Oktober 2023 ist ein Beispiel: Die IRGC unterstützt Hamas, aber Iran hat kein Interesse an einem direkten Krieg mit Israel. Dennoch zwingen militärische Dynamiken – Raketenabschüsse, Drohnenangriffe, israelische Vergeltungsschläge – beide Seiten in eine Spirale. Diplomaten könnten Offramps schaffen, aber wenn Militärs die Agenda setzen, fehlen solche Auswege. Die Tötung von General Qassem Soleimani (Januar 2020) und die anschließende iranische Reaktion (Raketenabschuss auf US-Stützpunkte im Irak) zeigten bereits, wie schnell solche Dynamiken außer Kontrolle geraten können.

Der Autoritarismus schließlich macht Iran immun gegen bestimmte westliche Druckversuche, aber nicht gegen alle. Sanktionen etwa haben die Wirtschaft massiv beschädigt: Inflation liegt bei über 40 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt stagniert, die Währung (Rial) ist kollabiert. Doch solange das Regime die Bevölkerung kontrollieren kann, übersetzt sich wirtschaftlicher Druck nicht in politische Konzessionen. Die Proteste 2022 waren die größte Herausforderung seit der Revolution 1979 – und das Regime überlebte, weil es bereit war, mit brutaler Gewalt zu reagieren. Diese Brutalität ist möglich, weil die IRGC und die Bassij-Milizen (eine paramilitärische Freiwilligenorganisation unter IRGC-Kontrolle) ideologisch loyal sind. Externe Sanktionen verstärken sogar die Macht der IRGC, weil sie die Schwarzmärkte kontrolliert.

Der Schatten der Sukzession

Ein oft übersehener, aber entscheidender Faktor für die strukturellen Veränderungen der letzten Jahre ist die Frage der Nachfolge Khameneis. Mit 85 Jahren ist der Oberste Führer statistisch gesehen in seiner letzten Amtsperiode. Die iranische Geschichte kennt nur eine Transition zwischen Obersten Führern:

1989, als Ayatollah Ruhollah Khomeini starb und Ali Khamenei sein Nachfolger wurde. Diese Transition verlief reibungslos, weil Khamenei von Hashemi Rafsanjani (damals mächtigster Politiker Irans) und der gesamten revolutionären Elite unterstützt wurde. Die heutige Situation ist komplexer.

Die systematische Entfernung von Ali Larijani, Ali Shamkhani und anderen pragmatischen Figuren aus Machtpositionen ist Teil einer Strategie, mögliche Alternative-Machtbasen zu eliminieren. Die IRGC will sicherstellen, dass nach Khameneis Tod nur IRGC-loyale Kandidaten für die Nachfolge infrage kommen. Das Expertengremium (Assembly of Experts), das formal den Obersten Führer wählt, ist seit 2016 komplett hardliner-dominiert. Einer der Namen, der intern kursiert, ist Mojtaba Khamenei, der zweite Sohn des Obersten Führers – ein Tabubruch, weil dies einer dynastischen Erbfolge gleichkäme, was der revolutionären Ideologie widerspricht. Doch die IRGC könnte dies unterstützen, wenn sie dafür ihre eigene Machtstellung sichern kann.

Diese Sukzessionsdynamik erklärt, warum die strukturellen Veränderungen der letzten Jahre so radikal waren. Es geht nicht nur um Außenpolitik, sondern um die Architektur des gesamten Systems für die Post-Khamenei-Ära. Die Marginalisierung des Außenministeriums, die Stärkung des SNSC, die IRGC-Dominanz – all dies sind Bausteine eines Systems, das auch ohne Khamenei funktionieren soll. Aus dieser Perspektive war Raisis Tod im Mai 2024 weniger dramatisch, als westliche Beobachter erwarteten: Das System lief weiter, weil es nicht von individuellen Personen abhängig ist, sondern von Strukturen.

Illusionen und Realitäten: Was der Westen verstehen muss

Westliche Analysen von Iran leiden oft unter drei Fehlwahrnehmungen. Die erste ist die Hoffnung auf "Moderate", die das Regime von innen reformieren könnten. Diese Hoffnung war unter Khatami (1997-2005) teilweise berechtigt, unter Rouhani (2013-2021) gerade noch plausibel, heute ist sie Illusion. Die Purification der politischen Landschaft ist abgeschlossen. Selbst Pezeshkians Präsidentschaft, die mit dem Label "moderat" versehen wurde, ändert nichts am System: Er hat weder die Macht, die IRGC zu kontrollieren, noch kann er die SNSC-Agenda bestimmen. Seine Rolle ist es, ein freundlicheres Gesicht nach außen zu präsentieren, während die Hardliner die Politik machen.

Die zweite Fehlwahrnehmung ist, Iran als monolithischen Block zu sehen. Iran ist nicht monolithisch, aber die verbliebene Pluralität liegt nicht auf der ideologischen Ebene (alle relevanten Akteure sind Hardliner), sondern auf der institutionellen: Khamenei, IRGC, SNSC, Justiz, Parlament, Wirtschaftsakteure haben unterschiedliche Interessen und Prioritäten. Die IRGC etwa profitiert von Sanktionen und hat daher weniger Anreiz zu Kompromissen als wirtschaftliche Eliten außerhalb der IRGC-Sphäre. Diese internen

Spannungen existieren, aber sie verlaufen nicht mehr zwischen "Reformisten" und "Hardlinern", sondern zwischen verschiedenen Hardliner-Fraktionen.

Die dritte Fehlwahrnehmung betrifft die Rolle einzelner Personen. Westliche Diplomatie konzentriert sich oft auf den Außenminister als Ansprechpartner, weil dies der Logik westlicher Systeme entspricht. Doch in Iran ist der Außenminister oft der unwichtigste Akteur in strategischen Fragen. Wer mit Iran verhandeln will, muss verstehen, dass die Entscheidungen anderswo fallen: beim Obersten Führer, beim SNSC-Sekretär, bei der IRGC-Führung. Zarif hatte diese Macht zeitweise, weil Rouhani sie ihm gab und Khamenei zustimmte; seine Nachfolger haben sie nicht.

Ausblick: Stabilität durch Rigidität

Die strukturellen Transformationen der vergangenen Jahre haben Irans Außenpolitik paradoxerweise sowohl stabiler als auch riskanter gemacht. Stabiler, weil interne Konflikte minimiert wurden und strategische Entscheidungen nun effizienter umgesetzt werden. Die Saudi-Annäherung, die Deeskalation mit den VAE, die pragmatische Regionalpolitik – all dies wäre unter Rouhani am internen Widerstand gescheitert. Riskanter, weil die Militarisierung der Entscheidungsprozesse zu Kalkulationen führt, die diplomatische Auswege ignorieren.

Iran unter dem aktuellen System ist kein irrationaler Akteur, aber einer, der nach einer fundamental anderen Logik operiert als westliche Demokratien. Die IRGC-Dominanz bedeutet, dass Außenpolitik primär durch das Prisma von Sicherheit, Abschreckung und regionaler Machtprojektion betrachtet wird. Wirtschaftliche Prosperität, internationaler Handel, ausländische Investitionen – Ziele, die einem Außenministerium wichtig wären – sind sekundär. Das macht Iran schwer berechenbar für westliche Gesprächspartner, die mit wirtschaftlichen Anreizen oder Sanktionen operieren: Diese Instrumente treffen nicht die Entscheider.

Für europäische Staaten, die ihre eigenen Kanäle zu Iran aufrechterhalten wollen, bedeutet dies, dass Track-Two-Diplomatie und informelle Kontakte wichtiger werden als offizielle Verhandlungen. Der SCFR etwa ist offen für Gespräche mit europäischen Think Tanks und ehemaligen Diplomaten, weil solche Formate keinen offiziellen Charakter haben und damit innenpolitisch leichter zu rechtfertigen sind. Auch Oman hat sich als Vermittler etabliert, weil Muscat sowohl mit Iran als auch mit westlichen Hauptstädten gute Beziehungen pflegt.

Die fundamentale Frage für die kommenden Jahre ist, ob Irans strukturelle Rigidität – die Elimination von Gegenstimmen, die ideologische Verengung, die Militarisierung – langfristig Stärke oder Schwäche bedeutet. Kurzfristig hat sie dem System Stabilität verschafft: Die Proteste 2022 wurden

niedergeschlagen, die Wirtschaft funktioniert trotz Sanktionen auf Überlebensniveau, die Regionalpolitik war teilweise erfolgreich. Langfristig jedoch könnten genau diese Faktoren zu strategischen Fehlern führen: Eine Außenpolitik ohne Korrektive neigt zu Overstretch, eine Wirtschaft ohne ausländische Investitionen stagniert, ein Regime ohne Legitimität muss immer mehr Ressourcen für Repression aufwenden.

Die iranische Außenpolitikstruktur ist kein Rätsel, sondern ein System – ein System, das sich in den vergangenen Jahren fundamental gewandelt hat und dessen Logik man verstehen muss, um Irans Handeln zu interpretieren. Wer in Teheran regiert, ist keine einfache Frage mit einer einfachen Antwort. Formal regiert der Oberste Führer. Praktisch regiert ein Netzwerk aus IRGC, SNSC und Khameneis engstem Beraterkreis. Das Außenministerium regiert nicht – es führt aus, was andere entschieden haben. Diese Realität zu akzeptieren ist der erste Schritt zu realistischer Iran-Politik.

Quellenangaben

Primärquellen (Middle East Council on Global Affairs)

Iran's Evolving Foreign Policy Structure: Implications on Foreign Relations

Middle East Council on Global Affairs, Juni 2024

<https://mecouncil.org/publication/irans-evolving-foreign-policy-structure-implications-on-foreign-relations/>

Raisi's Foreign Policy: Revitalizing Iran's International Position with a Non-Strategy

Middle East Council on Global Affairs, Kapitel aus: Iran's Foreign Policy Under Raisi

https://mecouncil.org/publication_chapters/raisis-foreign-policy-revitalizing-irans-international-position-with-a-non-strategy/

Iran on the Rise: Changing Perceptions and Global Ambitions Under Raisi

Middle East Council on Global Affairs, Kapitel aus: Iran's Foreign Policy Under Raisi

https://mecouncil.org/publication_chapters/iran-on-the-rise-changing-perceptions-and-global-ambitions-under-raisi/

Ergänzende wissenschaftliche Literatur

Vakil, Sanam: *Iran and the West: Continuous Antagonism or Potential Partnership?*, Chatham House, 2023

<https://www.chathamhouse.org/> (Institutional Repository)

Barzegar, Kayhan: *Iran's Foreign Policy Strategy After Saddam*, The Washington Quarterly, Vol. 28, No. 3, 2005

<https://www.tandfonline.com/toc/rwaq20/current>

Ehteshami, Anoushiravan: *Iran's International Posture in the Wake of the Arab Uprisings*, LSE Middle East Centre Paper Series, 2014

<https://www.lse.ac.uk/middle-east-centre/publications>

Tabatabai, Ariane: *No Conquest, No Defeat: Iran's National Security Strategy*, Oxford University Press, 2020

<https://global.oup.com/>

Maloney, Suzanne: *Iran's Political Economy Since the Revolution*, Cambridge University Press, 2015

<https://www.cambridge.org/>

Primärdokumente

Constitution of the Islamic Republic of Iran, Artikel 110, 176, 177

Iran Human Rights Documentation Center Archive

<https://irandataportal.syr.edu/wp-content/uploads/constitution-english-1368.pdf>

Leaked Audio: Mohammad Javad Zarif on IRGC-Diplomacy Tensions, April 2021

Transkript veröffentlicht von BBC Persian und Iran International

<https://www.bbc.com/persian> | <https://www.iranintl.com/>

Speech by Ayatollah Ali Khamenei to IRGC Commanders, September 2019

<https://www.khamenei.ir/en>

Iran's Seventh National Development Plan (2022-2026)

Parlament der Islamischen Republik Iran (Majles), Januar 2024

<https://rc.majlis.ir/en>

Nachrichtenquellen und Analysen

"Iran and Saudi Arabia Agree to Resume Diplomatic Relations", The Guardian, 10. März 2023

<https://www.theguardian.com/world/iran>

"Iran's Revolutionary Guards Invite Swiss Ambassador in Rare Diplomatic Move", Financial Times, 15. April 2024

<https://www.ft.com/world/mideast>

"Death of Ebrahim Raisi: What It Means for Iran's Power Structure", Al Jazeera, 20. Mai 2024

<https://www.aljazeera.com/video/inside-story/2024/5/20/what-does-ebrahim-raisis-death-mean-for-iran>

"Masoud Pezeshkian Wins Iran Presidential Election", BBC News, 6. Juli 2024

<https://www.bbc.com/news/articles/cx824yl3ln4o>

"Iran's SNSC Takes Control of Nuclear Negotiations", Reuters, 22. August 2021

<https://www.reuters.com/world/middle-east/>

"Ali Shamkhani Removed as Iran's Security Council Chief", Iran International, 22. Mai 2023

<https://www.iranintl.com/en>

Hintergrundanalysen zu IRGC und Sicherheitsstrukturen

Wehrey, Frederic / Thaler, David et al.: *The Rise of the Pasdaran: Assessing the Domestic Roles of Iran's Islamic Revolutionary Guards Corps*, RAND Corporation, 2009

<https://www.rand.org/pubs/monographs/MG821.html>

Alfoneh, Ali: *Iran Unveiled: How the Revolutionary Guards is Turning Theocracy into Military Dictatorship*, AEI Press, 2013

<https://www.aei.org/>

Ostovar, Afshon: *Vanguard of the Imam: Religion, Politics, and Iran's Revolutionary Guards*, Oxford University Press, 2016

<https://global.oup.com/academic/>

Juneau, Thomas: *Squandered Opportunity: Neoclassical Realism and Iranian Foreign Policy*, Stanford University Press, 2015

<https://www.sup.org/>

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension

Katzman, Kenneth: *Iran's Foreign and Defense Policies*, Congressional Research Service Report, Januar 2024

<https://crsreports.congress.gov/>

International Crisis Group: *Iran's Priorities in a Turbulent Middle East*, Middle East Report No. 184, April 2018

<https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iran>

"How Iran's Revolutionary Guards Built an Economic Empire", The Economist, 14. Januar 2023

<https://www.economist.com/middle-east-and-africa>

"Iran's Internet Censorship: Collaboration with Russia and China", Freedom House Report, 2023

<https://freedomhouse.org/country/iran>

Historische Kontextualisierung

Rakel, Eva Patricia: *Power, Islam, and Political Elite in Iran*, Brill, 2009

<https://brill.com/>

Axworthy, Michael: *Revolutionary Iran: A History of the Islamic Republic*, Oxford University Press, 2013

<https://global.oup.com/academic/>

Takeyh, Ray: *Guardians of the Revolution: Iran and the World in the Age of the Ayatollahs*, Oxford University Press, 2009

<https://global.oup.com/academic/>

Nukleardiplomatie und JCPOA

Samore, Gary (Hrsg.): *The Iran Nuclear Deal: A Definitive Guide*, Belfer Center, Harvard Kennedy School, 2015

<https://www.belfercenter.org/>

Mousavian, Seyed Hossein: *The Iranian Nuclear Crisis: A Memoir*, Carnegie Endowment for International Peace, 2012

<https://carnegieendowment.org/>

Parsi, Trita: *Losing an Enemy: Obama, Iran, and the Triumph of Diplomacy*, Yale University Press, 2017

<https://yalebooks.yale.edu/>

Regionalpolitik und "Achse des Widerstands"

Smyth, Phillip: *The Shiite Jihad in Syria and Its Regional Effects*, Washington Institute for Near East Policy, Policy Focus 138, 2015

<https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis>

Hokayem, Emile / Roberts, David: *The War in Yemen*, Survival: Global Politics and Strategy, Vol. 58, No. 6, 2016

<https://www.iiss.org/publications/survival/>

Wehrey, Frederic: *The Burning Shores: Inside the Battle for the New Libya*, Farrar, Straus and Giroux, 2018

<https://us.macmillan.com/>

Medien und öffentlicher Diskurs in Iran

"Inside Iran's Propaganda Machine", Foreign Policy, 8. März 2022

<https://foreignpolicy.com/>

Sreberny, Annabelle / Khiabany, Gholam: *Blogistan: The Internet and Politics in Iran*, I.B. Tauris, 2010

<https://www.bloomsbury.com/>

"How Iran's Hardliners Consolidated Power Through Purification", Carnegie Endowment, 15. Juni 2021

<https://carnegieendowment.org/programs/middle-east/> (Seite nicht mehr abrufbar)

Teil 3: Achse des Widerstands. Irans regionales Netzwerk zwischen Expansion und Erosion

Als am 7. Oktober 2023 Hamas-Kämpfer die israelische Grenze durchbrachen und einen der verheerendsten Angriffe in der Geschichte Israels durchführten, sprachen westliche Kommentatoren sofort von einer iranischen Operation. Teheran, so die Logik, kontrolliere Hamas wie eine Fernbedienung. Die Realität ist komplexer – und aufschlussreicher für das Verständnis dessen, was Iran als seine "Achse des Widerstands" bezeichnet. Hamas handelte autonom, aber innerhalb eines von Iran geschaffenen strategischen Rahmens. Dieser Rahmen – ein Netzwerk verbündeter nicht-staatlicher Akteure in Libanon, Syrien, Irak, Jemen und Palästina – ist Irans wichtigstes Instrument regionaler Machtprojektion. Doch vierzehn Monate nach dem 7. Oktober ist dieses Netzwerk so fragil wie nie zuvor. Hezbollah wurde militärisch dezimiert, Hamas ist isoliert, die syrische Assad-Regierung fiel im Dezember 2024, und die Houthis kämpfen ums Überleben. Was bleibt von Irans regionaler Strategie?

Um diese Frage zu beantworten, muss man verstehen, wie Iran seine Einflussosphäre aufgebaut hat, welche Logik dahintersteht, und warum die Ereignisse seit Oktober 2023 nicht nur eine taktische Niederlage, sondern eine strategische Krise darstellen.

Die Doktrin der strategischen Tiefe

Irans regionale Strategie basiert auf einem Konzept, das im Persischen als "omgh-e estratezhik" bezeichnet wird – strategische Tiefe. Die Idee ist simpel, aber wirkungsvoll: Anstatt zu warten, bis Feinde an den eigenen Grenzen stehen, schafft man Vorwärtsverteidigungslinien in anderen Ländern. Ayatollah Ali Khamenei formulierte dies 2019 explizit:

"Verliert nicht die weite Geographie des Widerstands aus den Augen. Diese transnationale Perspektive ist manchmal wichtiger als die dringendsten innenpolitischen Anliegen."

Die Botschaft war klar: Irans Sicherheit beginnt nicht an seinen Grenzen, sondern in Beirut, Damaskus, Bagdad, Sanaa und Gaza.

Diese Doktrin entstand nicht im Vakuum. Sie ist eine direkte Konsequenz des Iran-Irak-Krieges (1980-1988), als Saddam Husseins Truppen iranisches Territorium besetzten und acht Jahre lang einen brutalen Abnutzungskrieg führten. Iran kämpfte damals allein – die internationale Gemeinschaft unterstützte größtenteils Irak, der Westen lieferte Waffen, die Golfstaaten finanzierten Bagdad. Die Lektion, die

Teherans strategische Planer daraus zogen: Konventionelle Überlegenheit ist unerreichbar, aber ein Netzwerk regionaler Verbündeter kann Feinde abschrecken und im Konfliktfall binden.

Der Libanonkrieg von 2006 zementierte diese Überzeugung. Hezbollah, eine von Iran aufgebaute und finanzierte schiitische Miliz, führte 34 Tage lang Krieg gegen Israel – und erreichte zumindest ein strategisches Patt. Israel konnte Hezbollah nicht entwaffnen, Hezbollah konnte Israel nicht besiegen, aber die Tatsache, dass eine nicht-staatliche Miliz die stärkste Armee des Nahen Ostens in Schach hielt, war ein Triumph für Teherans Asymmetrie-Strategie. Qassem Soleimani, damals Kommandeur der Quds-Einheit der Revolutionsgarden, war während des Krieges in Beirut und koordinierte die Verteidigung. Für Iran wurde Hezbollah zum Modell.

Die strategische Tiefe erfüllt mehrere Funktionen gleichzeitig. Erstens schafft sie Abschreckung: Ein Angriff auf Iran würde nicht nur iranisches Territorium treffen, sondern eine koordinierte Reaktion des gesamten Netzwerks auslösen – Raketenangriffe von Hezbollah auf israelische Städte, Drohnenangriffe der Houthis auf saudische Ölfelder, Anschläge irakischer Milizen auf US-Stützpunkte. Zweitens erlaubt sie Iran, Einfluss zu nehmen ohne direkte Verantwortung: Wenn Hezbollah israelische Positionen beschießt, ist das formal eine Entscheidung Hezbollahs, nicht Teherans – auch wenn iranische Berater im Hintergrund agieren. Drittens verschafft sie Iran eine Verhandlungsposition: Jede Gruppe im Netzwerk ist ein potenzieller Druckpunkt oder ein Zugeständnis in Verhandlungen.

Doch dieses Modell hat einen fundamentalen Nachteil: Es funktioniert nur, solange die Verbündeten stark genug sind, ihre Rolle zu spielen. Und genau hier liegt das Problem des Jahres 2024.

Aufbau des Netzwerks: Die Achse des Widerstands

Der Begriff "Achse des Widerstands" ist keine westliche Erfindung, sondern eine Selbstbezeichnung Irans und seiner Verbündeten. Er suggeriert ideologische Einheit – Widerstand gegen Israel, gegen die USA, gegen westliche Hegemonie. In Wahrheit ist das Netzwerk ein Flickenteppich unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Motiven, die Iran durch eine Kombination aus ideologischer Affinität, materieller Unterstützung und strategischer Notwendigkeit zusammenhält.

Hezbollah im Libanon ist der älteste und engste Partner. Gegründet 1982 während des libanesischen Bürgerkriegs, wurde die Organisation von den Revolutionsgarden aufgebaut und bis heute von Iran finanziert – Schätzungen sprechen von 700 Millionen bis einer Milliarde Dollar jährlich. Hezbollah ist mehr als eine Miliz: Sie betreibt Krankenhäuser, Schulen, einen Fernsehsender (Al-Manar), und kontrolliert große Teile der libanesischen Wirtschaft. Politisch ist sie eine der mächtigsten Parteien im Libanon mit einem De-facto-Vetorecht über strategische Entscheidungen. Militärisch verfügt sie über geschätzte

150.000 Raketen unterschiedlicher Reichweite, die jede Stadt in Israel erreichen können. Hassan Nasrallah, ihr Generalsekretär seit 1992, wurde bis zu seiner Ermordung im September 2024 als einer der einflussreichsten Akteure des Nahen Ostens betrachtet.

In Palästina unterstützt Iran sowohl Hamas im Gazastreifen als auch den Islamischen Dschihad. Die Beziehung zur Hamas ist kompliziert: Hamas ist sunnitisch, während Iran schiitisch ist; Hamas entstand aus der ägyptischen Muslimbruderschaft, einer Bewegung, die viele iranische Hardliner ablehnen. Doch gemeinsame Feindschaft gegenüber Israel überbrückt diese Differenzen. Iran liefert Geld (schätzungsweise 100 Millionen Dollar jährlich vor dem 7. Oktober), Waffen und Training. Qassem Soleimani besuchte Gaza mehrfach und koordinierte Waffenlieferungen über Tunnel aus Ägypten und später über Sudan und Libyen.

In Jemen begann Irans Unterstützung für die Houthis (offiziell: Ansar Allah) erst spät, etwa 2009, und verstärkte sich massiv nach Beginn der saudi-geführten Militärintervention 2015. Anders als Hezbollah sind die Houthis keine iranische Schöpfung – sie entstanden in den 1990er Jahren als zaiditische Revitalisierungsbewegung im Nordjemen. Doch Iran lieferte Waffen, Raketenteile, Drohnentechnologie und militärisches Training. Die Houthis kontrollierten zeitweise die Hauptstadt Sanaa und etwa zwei Drittel der jemenitischen Bevölkerung. Ihre Fähigkeit, mit ballistischen Raketen und Drohnen Ziele in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu treffen, machte sie zu einem unverzichtbaren Element von Irans regionaler Abschreckung.

Das verbindende Element all dieser Gruppen ist nicht primär religiöser Natur – die Houthis sind Zaiditen, Hezbollah folgt der Zwölfer-Schia, Hamas ist sunnitisch – sondern strategisch-ideologisch: Opposition gegen Israel und gegen US-Hegemonie im Nahen Osten. Iran bietet finanzielle und militärische Unterstützung, politische Rückendeckung und eine transnationale Identität als "Achse des Widerstands" gegen einen gemeinsamen Feind.

Irak: Das unsichtbare Rückgrat der Achse

Während Hezbollah, Hamas und die Houthis öffentliche Aufmerksamkeit erhalten, ist Irak die unterschätzte Säule von Irans regionalem Netzwerk. Seit dem US-Einmarsch 2003 und dem Sturz Saddam Husseins hat Iran systematisch Einfluss im Irak aufgebaut – nicht durch direkte Besatzung, sondern durch ein komplexes Netzwerk politischer Parteien und bewaffneter Milizen.

Der Schlüssel ist die Volksmobilisierungseinheit (Popular Mobilization Forces, PMF; arabisch: al-Hashd al-Shaabi), gegründet 2014 als Reaktion auf den Vormarsch des Islamischen Staates. Als ISIS große Teile des Iraks eroberte und die reguläre irakische Armee kollabierte, rief Großayatollah Ali al-Sistani, die

höchste schiitische Autorität im Irak, zur Verteidigung auf. Zehntausende freiwillige Kämpfer meldeten sich – viele organisiert in bereits existierenden, pro-iranischen Milizen wie der Badr-Organisation, Kata'ib Hezbollah oder Asaib Ahl al-Haq.

Die PMF ist kein monolithischer Block, sondern ein Dachverband von über 60 verschiedenen Milizen mit geschätzten 150.000 Kämpfern. Einige dieser Gruppen sind eng mit Iran verbunden und folgen direkt den Anweisungen der Quds-Einheit. Andere sind irakisch-nationalistisch und lehnen iranische Dominanz ab. Die pro-iranischen Fraktionen dominieren jedoch: Kata'ib Hezbollah etwa, geführt von Abu Hussein al-Hamidawi, ist faktisch eine Verlängerung der IRGC und hat wiederholt US-Stützpunkte im Irak angegriffen.

Die ökonomische Macht der PMF ist enorm. Sie kontrollieren Grenzübergänge zwischen Irak und Syrien, kassieren Zölle und Schmuggelgebühren, betreiben Schutzgelderpressung und haben Zugang zu staatlichen Budgets. Schätzungen gehen davon aus, dass pro-iranische Milizen jährlich hunderte Millionen Dollar durch legale und illegale Aktivitäten einnehmen. Diese wirtschaftliche Basis macht sie unabhängig von direkter iranischer Finanzierung und gleichzeitig schwer kontrollierbar für die irakische Regierung.

Politisch ist die PMF tief im irakischen Staat verankert. Nach dem Sieg über ISIS 2017 wurden die Milizen offiziell in die Sicherheitsstrukturen integriert – formal unterstehen sie dem Premierminister, faktisch agieren viele autonom. Bei den Parlamentswahlen 2018 gewann die Fatah-Allianz, politischer Arm der PMF, 48 Sitze und wurde zur zweitstärksten Fraktion. Auch wenn sie 2021 auf 17 Sitze abstürzte (nach internen Konflikten und öffentlicher Unzufriedenheit), bleibt die PMF ein mächtiger Vetospieler in der irakischen Politik.

Die strategische Bedeutung Iraks für Iran liegt in drei Dimensionen. Erstens dient Irak als Pufferzone gegen potenzielle Bedrohungen aus dem Westen – insbesondere gegen US-Militärpräsenz. Die etwa 2.500 US-Soldaten, die weiterhin im Irak stationiert sind, werden regelmäßig Ziel von Raketen- und Drohnenangriffen pro-iranischer Milizen. Zweitens ist Irak die Landbrücke zwischen Iran und Syrien/Libanon: Waffenlieferungen, Kämpferverlegungen und logistische Unterstützung für Hezbollah laufen über irakisches Territorium, kontrolliert von PMF-Milizen an der Grenze. Drittens ist Irak ein wirtschaftlicher Rettungsanker: Iran exportiert jährlich über 10 Milliarden Dollar an Strom, Gas und Konsumgütern nach Irak – lebenswichtige Einnahmen angesichts westlicher Sanktionen.

Doch Irans Dominanz in Irak ist nicht unangefochten. Die irakische Regierung unter Premierminister Mohammed Shia al-Sudani versucht vorsichtig, die Milizen stärker zu kontrollieren. Nationalistisch orientierte Akteure wie der Kleriker Muqtada al-Sadr lehnen iranische Einmischung ab und mobilisieren

Massendemonstrationen gegen korrupte, pro-iranische Politiker. Auch wirtschaftlich wächst der Einfluss der USA: Washington nutzt Kontrolle über Irans eingefrorene Dollarreserven, um Bagdad zu zwingen, den Handel mit Teheran zu beschränken. Dennoch: Irak bleibt die stabilste Komponente von Irans regionaler Achse – weniger exponiert als Hezbollah, weniger isoliert als die Houthis, tief verwurzelt in Staat und Gesellschaft.

Syrien: Die verlorene Landbrücke

Syrien war nicht nur ein Verbündeter Irans – es war die geografische Voraussetzung für die Achse des Widerstands. Ohne Syrien gibt es keine durchgehende Landverbindung zwischen Teheran und Beirut, keine sicheren Waffenkorridore für Hezbollah, keine iranischen Militärbasen in Schlagdistanz zu Israel. Als Bashar al-Assads Regime im Dezember 2024 fiel, verlor Iran mehr als einen Partner – es verlor die Infrastruktur seiner regionalen Strategie.

Irans Engagement in Syrien begann 2011, als friedliche Proteste gegen Assad in einen Bürgerkrieg eskalierten. Während die syrische Armee desertierte und zusammenbrach, entsandte Iran tausende Kämpfer: Quds-Einheit-Offiziere als Berater, libanesishe Hezbollah-Kämpfer als Elitetruppen, irakische Schiiten-Milizen (insbesondere die Kata'ib Hezbollah und die Badr-Brigaden), und speziell rekrutierte afghanische sowie pakistanische Flüchtlinge, organisiert in der Fatemiyoun-Brigade (Afghanen) und der Zainabiyoun-Brigade (Pakistaner). Diese Einheiten – insgesamt geschätzte 20.000 bis 30.000 Mann – kämpften an den entscheidenden Fronten: um Aleppo, um Damaskus, um die Verbindungsstraße zwischen beiden Städten.

Russlands Luftunterstützung ab September 2015 war entscheidend für Assads Überleben, aber die Bodentruppen waren überwiegend iranisch koordiniert. Qassem Soleimani reiste regelmäßig nach Damaskus und befahl Operationen persönlich. Die iranischen Verluste waren hoch: Über 2.000 Mitglieder der Revolutionsgarden fielen in Syrien, darunter hochrangige Offiziere. Doch das strategische Ziel wurde erreicht: Assad blieb an der Macht, und Iran etablierte eine permanente Militärpräsenz.

Diese Präsenz umfasste Militärbasen, Waffenlager und Produktionsstätten. Die T-4 Airbase östlich von Homs wurde zu einem iranischen Stützpunkt, von dem aus Drohnen und Raketen für Operationen gegen Israel gestartet wurden. Die Imam-Ali-Base südlich von Damaskus beherbergte iranische Kommandeure und Waffendepots. In und um Damaskus entstanden Fabriken zur Produktion von präzisionsgelenkten Raketen, die für Hezbollah bestimmt waren. Israel führte über 300 Luftangriffe in Syrien durch (zwischen 2017 und 2024), um diese Infrastruktur zu zerstören – mit begrenztem Erfolg, weil Iran schnell Ersatz lieferte.

Finanziell war Syrien ein Fass ohne Boden. Schätzungen zufolge investierte Iran zwischen 15 und 20 Milliarden Dollar in Assads Überleben: Militärausgaben, Öllieferungen (als Syriens eigene Produktion zusammenbrach), Kreditlinien für Wiederaufbau, Gehälter für Milizen. Für ein Land unter Sanktionen und mit einer schwächelnden Wirtschaft war das eine immense Belastung. Doch aus iranischer Sicht war es unverzichtbar: Syrien war die Brücke zu Hezbollah, der Vorposten gegen Israel, und ein Beweis von Irans Fähigkeit, Verbündete zu schützen.

Als Assad im Dezember 2024 stürzte – überrannt von einer überraschenden Offensive der Hayat Tahrir al-Sham und anderer Rebellengruppen – brach diese gesamte Architektur zusammen. Iran evakuierte seine Truppen überstürzt, ließ Waffen zurück, verlor Zugang zu Militärbasen. Die neue syrische Regierung, dominiert von sunnitischen Islamisten, ist offen anti-iranisch. Die Landbrücke ist unterbrochen: Waffenlieferungen nach Libanon müssen nun per Flugzeug über irakischen Luftraum oder auf gefährlichen Landwegen durch feindliches Territorium erfolgen. Hezbollah, ohnehin geschwächt, ist nun zusätzlich abgeschnitten von seinem wichtigsten Nachschubweg.

Der Verlust Syriens ist nicht nur militärisch-logistisch, sondern auch symbolisch verheerend. Über dreizehn Jahre hatte Iran massive Ressourcen investiert, um Assad zu retten – und innerhalb weniger Tage war alles verloren. Für Irans Verbündete in der Region ist die Botschaft klar: Teheran kann euch nicht immer schützen, selbst wenn es das jahrelang versucht.

Nachbarschaftspolitik: Pragmatismus im Schatten der Konfrontation

Parallel zur konfrontativen Achse des Widerstands verfolgt Iran eine erstaunlich pragmatische Nachbarschaftspolitik. Diese beiden Strategien scheinen sich zu widersprechen – Iran unterstützt Milizen, die Saudi-Arabien angreifen, während es gleichzeitig diplomatische Beziehungen zu Riad normalisiert – doch sie sind zwei Seiten derselben Medaille: Iran maximiert seinen Einfluss durch alle verfügbaren Mittel.

Die Annäherung an Saudi-Arabien, vermittelt durch China im März 2023, war ein diplomatischer Coup. Nach sieben Jahren abgebrochener Beziehungen – ausgelöst 2016 durch die Hinrichtung des schiitischen Klerikers Nimr al-Nimr in Saudi-Arabien und den anschließenden Angriff auf die saudische Botschaft in Teheran – vereinbarten beide Länder die Wiederaufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen, die Wiedereröffnung von Botschaften und die Verpflichtung zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Für Saudi-Arabien war der Deal eine strategische Notwendigkeit. Der Jemen-Krieg, 2015 begonnen mit dem Ziel, die Houthis zu besiegen und iranischen Einfluss zurückzudrängen, hatte sich als kostspieliges Debakel erwiesen: Zehntausende Tote, über 200 Milliarden Dollar Kosten, internationale Kritik wegen

humanitärer Katastrophe, und militärisch ein Patt. Kronprinz Mohammed bin Salman brauchte einen Ausweg, um seine Vision 2030 – ein ambitioniertes Wirtschaftsreformprogramm zur Diversifizierung der saudischen Wirtschaft – voranzutreiben. Regionale Stabilität war Voraussetzung für ausländische Investitionen und Tourismus.

Iran profitierte ebenso. Die maximalen Sanktionen der Trump-Administration hatten die Wirtschaft kollabieren lassen: Inflation über 40 Prozent, Rial auf historischem Tiefstand, Ölexporte drastisch reduziert. Die Annäherung an Riad bot wirtschaftliche Perspektiven (Handel, Pilgerverkehr nach Mekka) und diplomatische Legitimierung. Wichtiger noch: Der Deal reduzierte militärischen Druck im Jemen ohne dass Iran seine Unterstützung für die Houthis aufgeben musste.

Chinas Rolle als Mediator war entscheidend. Peking, größter Ölimporteur beider Länder, hatte wirtschaftliches Interesse an regionaler Stabilität. Chinesische Diplomaten überbrückten Misstrauen, boten neutrale Verhandlungsräume und garantierten Implementierung. Die Vermittlung war auch ein geopolitisches Signal: China positionierte sich als Friedensstifter im Nahen Osten – eine Rolle, die traditionell die USA innehatten, aber unter Biden vernachlässigten.

Parallel normalisierte sich Syriens Verhältnis zur Arabischen Liga. Im Mai 2023, nach zwölf Jahren Isolation, wurde Assad wieder aufgenommen. Für Iran war dies ein Triumph: Syrien blieb in seinem Orbit, aber mit arabischer Akzeptanz. Die Vereinigten Arabischen Emirate, die schon 2018 ihre Botschaft in Damaskus wiedereröffnet hatten, spielten eine Schlüsselrolle. Abu Dhabi verfolgte eine pragmatische Strategie: Assad hatte gewonnen, also war es sinnvoller, mit ihm zu arbeiten als ihn zu isolieren. Auch für die VAE galt: Wirtschaftliche Interessen (Wiederaufbauverträge, Handelswege) überwogen ideologischen Vorbehalten.

Doch diese Nachbarschaftspolitik hat klare Grenzen. Die Annäherung an Saudi-Arabien bedeutet nicht, dass Iran die Houthis aufgibt. Als die Houthis ab Oktober 2023 Schiffe im Roten Meer angriffen (als Solidarität mit Gaza), ignorierten sie faktisch den saudii-iranischen Deal. Riad reagierte zurückhaltend – ein Zeichen, dass der Deal fragil ist. Die Normalisierung Syriens bedeutet nicht, dass Iran seine Militärpräsenz abbaut; iranische Waffenlager und Militärberater blieben bis zu Assads Sturz aktiv. Auch mit den VAE bleibt das Verhältnis ambivalent: Abu Dhabi ist Irans größter Handelspartner in der Golfregion (über 50 Milliarden Dollar jährlich), gleichzeitig normalisierte es Beziehungen zu Israel (Abraham Accords 2020) – ein Affront für Teheran.

Die türkisch-iranische Beziehung ist ein weiteres Beispiel für Pragmatismus trotz Rivalität. In Syrien standen beide auf entgegengesetzten Seiten: Iran unterstützte Assad, Türkei die Opposition. Doch wirtschaftlich sind sie voneinander abhängig: Türkei importiert iranisches Gas und Öl (oft über Umwege,

um US-Sanktionen zu umgehen), Iran importiert türkische Konsumgüter. Präsident Recep Tayyip Erdoğan balanciert geschickt: Er kritisiert Iran rhetorisch, kooperiert aber wirtschaftlich. Beide Länder teilen auch ein gemeinsames Interesse: Verhinderung kurdischer Autonomie, ob in Syrien, Irak oder in den eigenen Grenzregionen.

Diese Nachbarschaftspolitik reflektiert Irans strategische Flexibilität. Konfrontation und Kooperation sind keine Widersprüche, sondern Werkzeuge desselben Ziels: Regionale Einflussssicherung. Iran nutzt die Achse des Widerstands, um militärisch Druck auszuüben, und Diplomatie, um wirtschaftliche und politische Vorteile zu sichern. Doch die Ereignisse seit Oktober 2023 zeigen: Diese Strategie funktioniert nur, solange die militärischen Partner stark sind. Sobald sie kollabieren, wird Diplomatie zur Schadensbegrenzung.

Der Gaza-Krieg: Wendepunkt und Erosion

Der 7. Oktober 2023 war mehr als ein spektakulärer Angriff – er war der Beginn einer Kaskade, die Irans gesamte regionale Architektur zum Einsturz brachte. An jenem Samstagmorgen durchbrachen offiziell über 3.000 Hamas-Kämpfer die israelische Grenze auf eine Weise, die Israels Sicherheitsapparat schockierte. Sie sprengten den Grenzzaun an dutzenden Stellen gleichzeitig, überrannten mit Motorrädern, Pick-ups und zu Fuß israelische Militärposten, drangen in Kibbuzim und die Stadt Sderot ein, und griffen das Supernova-Musikfestival an. Über 1.200 Menschen wurden getötet, größtenteils Zivilisten, etwa 250 als Geiseln nach Gaza verschleppt. Die Operation war monatelang geplant, militärisch koordiniert und taktisch brillant – Hamas hatte Israels Überwachungssysteme umgangen, Schwachstellen ausgenutzt und binnen Stunden faktische Kontrolle über Teile Südisraels erreicht.

Für Iran war der 7. Oktober ein strategisches Dilemma. Einerseits demonstrierte die Operation die Wirksamkeit von Irans Investition in Hamas – jahrelanges Training, Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung zahlten sich in einem Schlag aus, der Israel demütigte und die Region destabilisierte. Andererseits hatte Hamas autonom gehandelt: Teheran wurde nicht vorab informiert, Oberster Führer Khamenei dementierte öffentlich jede Beteiligung an der Planung. Diese Distanzierung war teils taktisch (Vermeidung direkter Konfrontation mit den USA und Israel), teils aber auch ehrlich – Hamas agiert weitgehend autonom, Iran ist Unterstützer, nicht Kommandeur.

Israels Reaktion war verheerend. Innerhalb von Wochen verwandelte die Operation "Iron Swords" Gaza in eine Trümmerlandschaft: Über 45.000 Tote bis Ende 2024 (nach palästinensischen Angaben, größtenteils Zivilisten), neun von zehn Einwohnern vertrieben, Krankenhäuser zerstört, die Tunnel-Infrastruktur systematisch gesprengt. Die Hamas-Führung wurde dezimiert: Yahya Sinwar, Architekt des

7. Oktober, im Oktober 2024 von israelischen Truppen getötet; Mohammed Deif, Militärführer, bei einem Luftangriff im Juli 2024 eliminiert. Hamas überlebt, aber als Schatten ihrer früheren Stärke.

Der eigentliche Wendepunkt kam jedoch im September 2024, als Israel seine Aufmerksamkeit auf Hezbollah richtete. Seit dem 8. Oktober hatte Hezbollah sporadisch israelische Positionen im Nordisrael beschossen – symbolische Solidarität mit Gaza, ohne volle Eskalation zu riskieren. Hassan Nasrallah, pragmatischer Taktiker, wollte Israel provozieren aber keinen offenen Krieg beginnen. Doch Israel interpretierte dies als Kriegserklärung.

Am 17. September 2024 explodierten Hunderte Pager, die von Hezbollah-Mitgliedern getragen wurden, gleichzeitig – ein beispielloser Mossad-Anschlag, bei dem manipulierte Geräte als Bomben fungierten. Einen Tag später explodierten Walkie-Talkies. Dutzende Hezbollah-Kämpfer starben, Hunderte wurden verletzt, viele erblindet oder verstümmelt. Die psychologische Wirkung war verheerend: Wenn selbst Pager tödlich sind, ist keine Kommunikation mehr sicher. Hezbollah war technologisch bloßgestellt.

Israel folgte mit massiven Luftangriffen auf Hezbollahs Infrastruktur im Südlibanon und in Beiruts südlichen Vororten. Am 27. September 2024 traf eine Bunkerbombe Nasrallahs Hauptquartier in Dahiyeh, Beirut. Nasrallah und große Teile der Hezbollah-Führung starben in dem Angriff. Sein Tod war ein symbolischer und operativer Schock: 32 Jahre hatte er die Organisation geführt, sie zur mächtigsten nicht-staatlichen Miliz des Nahen Ostens aufgebaut, und galt als Khameneis engster nicht-iranischer Verbündeter. Sein Nachfolger Naim Qassem ist Theologe, kein Militär – Hezbollah ist führungslos zu einem Zeitpunkt höchster Verwundbarkeit.

Israelische Bodentruppen drangen in den Südlibanon ein, zerstörten Tunnelsysteme, sprengten Waffendepots und eliminierten weiter Kommandeure. Bis Ende 2024 hatte Hezbollah schätzungsweise 4.000 Kämpfer verloren, einen Großteil seiner Raketenbestände und die organisatorische Kohärenz. Die Miliz, die 2006 Israel standgehalten hatte, war binnen drei Monaten zerschlagen.

Für Iran war dies katastrophal. Hezbollah war nicht nur der älteste Partner, sondern auch der militärisch stärkste – die erste Verteidigungslinie gegen Israel. Doch Teheran intervenierte nicht direkt. Im April 2024, nach einem israelischen Angriff auf die iranische Botschaft in Damaskus, hatte Iran symbolisch Raketen und Drohnen auf Israel abgefeuert – eine kontrollierte Eskalation, die kaum Schaden anrichtete aber Handlungsfähigkeit demonstrierte. Im September/Oktober 2024, als Hezbollah zerstört wurde, blieb Iran passiv. Der Grund: Direkte Konfrontation mit Israel würde US-Intervention bedeuten, was das Regime gefährden könnte.

Was bleibt? Irans regionale Strategie nach dem Kollaps

Ende 2024 steht Iran vor den Trümmern seiner Achse des Widerstands. Hezbollah ist militärisch geschwächt, Nasrallah tot, Hamas überlebt nur noch in Tunneln, Assad ist gestürzt, die Houthis sind isoliert. Irakische Milizen sind der einzige halbwegs intakte Bestandteil des Netzwerks – aber auch dort wächst interner Druck, da die irakische Regierung versucht, die Milizen stärker zu kontrollieren.

Drei Szenarien sind denkbar.

Erstens: Iran versucht den Wiederaufbau. Hezbollah kann über Jahre hinweg rekrutieren, neu bewaffnen, sich reorganisieren. Hamas könnte unter neuer Führung zurückkehren, wenn Israel Gaza nicht dauerhaft besetzt. Die Houthis haben bereits bewiesen, dass sie militärische Niederlagen überstehen können. Doch Wiederaufbau erfordert Ressourcen, Zeit und vor allem regionale Stabilität – drei Dinge, die Iran derzeit fehlen.

Zweitens: Iran akzeptiert eine reduzierte regionale Rolle. Die Achse des Widerstands war teuer und brachte internationale Isolation. Eine Fokussierung auf Nachbarschaftspolitik – gute Beziehungen zu Saudi-Arabien, den VAE, Irak, vielleicht sogar Türkei – könnte wirtschaftliche Vorteile bringen und Iran diplomatisch rehabilitieren. Doch das würde bedeuten, die ideologische Kernidentität der Islamischen Republik aufzugeben: Der Widerstand gegen Israel und die USA ist seit 1979 zentraler Pfeiler der Revolution.

Drittens: Iran eskaliert. Eine direkte militärische Konfrontation mit Israel – bisher vermieden – könnte zur Option werden, wenn Teheran das Gefühl hat, nichts mehr zu verlieren zu haben. Die Entwicklung von Atomwaffen, bisher offiziell abgelehnt, könnte realistischer werden. Doch Eskalation birgt existenzielle Risiken: Ein Krieg mit Israel würde US-Intervention bedeuten, was das Regime gefährden könnte.

Die Realität wird wahrscheinlich eine Mischung sein: selektiver Wiederaufbau dort, wo möglich (Irak, eventuell Libanon), pragmatische Diplomatie wo nötig (Golfstaaten), und Aufrechterhaltung rhetorischer Konfrontation zur innenpolitischen Legitimation.

Die Logik der strategischen Tiefe: Erfolg oder Hybris?

Rückblickend war Irans Achse des Widerstands sowohl brilliant als auch fatal. Brilliant, weil sie Iran erlaubte, mit begrenzten Ressourcen erheblichen regionalen Einfluss aufzubauen. Ein Land mit einer Wirtschaft kleiner als die der Türkei oder Saudi-Arabiens wurde zum dominierenden Akteur in vier Ländern (Libanon, Syrien, Irak, Jemen) und konnte Israel, die stärkste Militärmacht der Region, in Schach

halten. Fatal, weil diese Strategie auf der Stärke der Partner beruhte – und als diese Partner fielen, brach das gesamte Konstrukt zusammen.

Die Doktrin der strategischen Tiefe hatte einen inhärenten Widerspruch: Sie sollte Iran Sicherheit geben, machte aber Iran abhängig von Akteuren außerhalb seiner Kontrolle. Hamas entschied autonom, am 7. Oktober anzugreifen, und zog damit ungewollt die gesamte Achse in einen Konflikt. Hezbollah musste solidarisch handeln, riskierte aber damit die eigene Existenz. Iran konnte weder die Eskalation verhindern noch seine Partner effektiv schützen.

Die Ereignisse seit Oktober 2023 zeigen auch die Grenzen asymmetrischer Kriegsführung. Raketen und Drohnen können Schaden anrichten, aber sie können keinen konventionellen Militärschlag abwehren. Als Israel entschied, Hezbollah auszuschalten, half keine noch so große Raketenzahl – israelische Luftüberlegenheit, Geheimdienste und Spezialeinheiten demontierten die Organisation Stück für Stück. Asymmetrische Kriegsführung funktioniert gegen einen zurückhaltenden Gegner, nicht gegen einen entschlossenen.

Für die weitere Entwicklung des Nahen Ostens ist entscheidend, wie Iran auf diesen Kollaps reagiert. Eine Rückkehr zu pragmatischer Nachbarschaftspolitik könnte regionale Stabilität fördern – Saudi-Arabien und Iran als Partner statt Rivalen, wirtschaftliche Integration statt Stellvertreterkriege. Doch die ideologische Identität der Islamischen Republik macht diesen Weg schwierig: Wie erklärt ein Regime, das seit 45 Jahren "Widerstand" predigt, dass es nun Kompromisse macht?

Die Achse des Widerstands ist nicht tot, aber sie ist schwer verwundet. Ob sie sich erholt oder ob Iran eine neue regionale Strategie entwickeln muss, wird die nächsten Jahre prägen – nicht nur für Iran, sondern für den gesamten Nahen Osten.

Quellenangaben

Primärquellen (Middle East Council on Global Affairs)

Hezbollah's Defeat and Iran's Strategic Depth Doctrine

Middle East Council on Global Affairs, April 2025

<https://mecouncil.org/publication/hezbollahs-defeat-and-irans-strategic-depth-doctrine/>

Iran's Neighborhood Policy: An Assessment

Middle East Council on Global Affairs, Kapitel aus: Iran in the Middle East

https://mecouncil.org/publication_chapters/irans-neighborhood-policy-an-assessment/

Iran-Syria Relations Amid Regional Reset Dynamics

Middle East Council on Global Affairs, April 2024

https://mecouncil.org/publication_chapters/iran-syria-relations-amid-regional-reset-dynamics/

Opportunities and Challenges Along the Path of Saudi-Iran Relations

Middle East Council on Global Affairs, April 2024

https://mecouncil.org/publication_chapters/opportunities-and-challenges-along-the-path-of-saudi-iran-relations/

Iran's Role in the Yemen War: Real Influence and Regional Gains

Middle East Council on Global Affairs, April 2024

https://mecouncil.org/publication_chapters/irans-role-in-the-yemen-war-real-influence-and-regional-gains/

From Rivals to Allies: Iran's Evolving Role in Iraq's Geopolitics

Middle East Council on Global Affairs, April 2024

https://mecouncil.org/publication_chapters/from-rivals-to-allies-irans-evolving-role-in-iraqs-geopolitics/

Iran in the Middle East: Building Bridges or Expanding Influence? (Dossier-Übersicht)

Middle East Council on Global Affairs, April 2024

<https://mecouncil.org/publication/iran-in-the-middle-east-building-bridges-or-expanding-influence/>

Wissenschaftliche Analysen zu Hezbollah und strategischer Tiefe

Norton, Augustus Richard: *Hezbollah: A Short History*, Princeton University Press, 2018

<https://press.princeton.edu/books/paperback/9780691180885/hezbollah>

Wege, Carl Anthony: "Hezbollah's Bekaa Organization," *Perspectives on Terrorism*, Vol. 6, No. 3, 2012

<https://www.jstor.org/stable/26296866>

Daher, Joseph: *Hezbollah: The Political Economy of Lebanon's Party of God*, Pluto Press, 2016

<https://www.plutobooks.com/9780745336084/hezbollah/>

Levitt, Matthew: *Hezbollah: The Global Footprint of Lebanon's Party of God*, Georgetown University Press, 2013

<https://press.georgetown.edu/Book/Hezbollah>

Iran-Irak Beziehungen und PMF

Knights, Michael / Malik, Hamdi: "The Future of Iraq's Popular Mobilization Forces," *The Washington Institute*, Policy Watch 3423, March 2021

<https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/future-iraqs-popular-mobilization-forces>

Mansour, Renad: "More Than Militias: Iraq's Popular Mobilization Forces Are Here to Stay," *War on the Rocks*, April 2018

<https://warontherocks.com/2018/04/more-than-militias-iraqs-popular-mobilization-forces-are-here-to-stay/>

International Crisis Group: "Iran in Iraq: How Much Influence?", Middle East Report No. 38, March 2005

<https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iran/iran-iraq-how-much-influence>

Hamas und Palästina

Schanzer, Jonathan: *Hamas vs. Fatah: The Struggle for Palestine*, Palgrave Macmillan, 2008

<https://link.springer.com/book/10.1057/9780230616219>

Milton-Edwards, Beverley / Farrell, Stephen: *Hamas*, Polity Press, 2010

<https://archive.org/details/hamasislamicresi0000milt>

Robinson, Glenn E.: "Hamas as Social Movement," in *Islamic Activism: A Social Movement Theory Approach*, ed. Quintan Wiktorowicz, Indiana University Press, 2004

<https://iupress.org/>

Houthis und Jemen

Al-Muslimi, Farea: "Iran's Role in Yemen Exaggerated, but Destructive," The Century Foundation, May 2017

<https://tcf.org/content/report/irans-role-yemen-exaggerated-destructive/>

Salisbury, Peter: "Yemen: National Chaos, Local Order," Chatham House Research Paper, December 2017

<https://www.chathamhouse.org/2017/12/yemen-national-chaos-local-order>

Kendall, Elisabeth: "Iran's Fingerprints in Yemen? Unpacking the Narrative," *Arab Gulf States Institute*, February 2017

https://www.academia.edu/34954112/Irans_Fingerprints_in_Yemen_Real_or_Imagined

Syrien und Assad-Regime

Lund, Aron: "Into the Tunnels: The Rise and Fall of Syria's Rebel Enclave in the Eastern Ghouta," The Century Foundation, December 2016

<https://tcf.org/content/report/into-the-tunnels/>

Hokayem, Emile: *Syria's Uprising and the Fracturing of the Levant*, Routledge/IISS, 2013

<https://www.routledge.com/Syrias-Uprising-and-the-Fracturing-of-the-Levant/Hokayem/p/book/9780415690126>

Phillips, Christopher: *The Battle for Syria: International Rivalry in the New Middle East*, Yale University Press, 2020

<https://yalebooks.co.uk/book/9780300249910/the-battle-for-syria/>

Saudi-Iran Annäherung

Ulrichsen, Kristian Coates: "The Saudi-Iran Détente: Breakthrough or Breakdown?", James A. Baker III Institute for Public Policy, Rice University, March 2023

<https://www.bakerinstitute.org/research/saudi-iran-detente-breakthrough-or-breakdown>

International Crisis Group: "Impact of the Saudi-Iranian Reconciliation on Middle East Conflicts," Commentary, April 2023

<https://www.crisisgroup.org/cmt/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iran-saudi-arabia/impact-saudi-iranian>

Parsi, Trita / Yadlin-Gadot, Trita: "How China Brokered the Saudi-Iran Deal," *The Diplomat*, March 2023

Quds-Einheit und Qassem Soleimani

Arango, Tim / Fassihi, Farnaz: "The Soleimani Strike: How Months of Tension Led to Open Conflict," *The New York Times*, January 2020

Neriah, Jacques: "Iran's Quds Force: A Force Designed for Exporting Terrorism," Jerusalem Center for Public Affairs, 2019

<https://jcpa.org/>

Rubin, Michael: "Qassem Soleimani's Deadly Ambitions," American Enterprise Institute, January 2020

Gaza-Krieg (ab Oktober 2023)

"War in Gaza: What We Know About the Conflict Between Israel and Hamas", BBC News, fortlaufend aktualisiert

<https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67039975>

International Crisis Group: "The Gaza War One Year On: Toward an Endgame?", Briefing, October 2024

<https://www.crisisgroup.org/>

Shapiro, Jeremy / Lovatt, Hugh: "How October 7 Shattered the Middle East Status Quo," European Council on Foreign Relations, Commentary, November 2023

Israel-Hezbollah Konflikt (2024)

"Hassan Nasrallah: Hezbollah Leader Killed in Israeli Strike on Beirut", The Guardian, September 2024

"Israel's War on Hezbollah: A Timeline", Al Jazeera, fortlaufend aktualisiert

Neria, Jacques: "The Targeted Elimination of Hassan Nasrallah: Strategic Implications," Jerusalem Center for Public Affairs, October 2024

<https://jcpa.org/>

Fall von Assad (Dezember 2024)

"Syria's Assad Regime Falls After Rebels Enter Damascus", BBC News, Dezember 2024

"The Collapse of Assad: What It Means for Iran and Russia", The Economist, Dezember 2024

<https://www.economist.com/middle-east-and-africa>

Lund, Aron: "Syria After Assad: The New Power Dynamics," The Century Foundation, Dezember 2024

<https://tcf.org/>

Achse des Widerstands: Strategische Analysen

Katz, Brian / Neubauer, Seth: "Iran's Axis of Resistance Under Pressure," Center for Strategic & International Studies, Commentary, November 2024

Ostovar, Afshon: "Iran's Axis of Resistance: Myth and Reality," *War on the Rocks*, November 2024

<https://warontherocks.com/>

Smyth, Phillip: "Iran's Expanding Militia Army in Syria," The Washington Institute for Near East Policy, January 2019

Teil 4: Drohnen gegen Hegemonie. Asymmetrische Militärstrategie – wie die Islamische Republik ihre konventionelle Schwäche durch innovative Technologie kompensiert

Als am 8. Januar 2020 gegen 1:34 Uhr iranische Raketen auf die amerikanische Luftwaffenbasis Al-Asad im Irak einschlugen, erlebte die US-Armee etwas historisch Einmaliges: Erstmals seit dem Korea-Krieg waren amerikanische Bodentruppen dem Beschuss von elf theatertaktischen Ballistikraketen ausgesetzt. Major Alan Johnson, der in einem Betonbunker Schutz gesucht hatte, beschrieb die Detonation 20 Meter von seiner Position entfernt wie "einen Güterzug, der an einem vorbeifährt". Die iranischen Raketen, jede mit einem Sprengkopf von über 450 Kilogramm ausgestattet, trafen auf Bunker, die für Projektile von maximal 30 Kilogramm ausgelegt waren. Dass niemand getötet wurde, lag an einer rechtzeitigen Evakuierung auf Basis von Satellitenfrühwarnung – andernfalls, so schätzte General Kenneth McKenzie, Kommandeur des US Central Command, wären 100 bis 150 amerikanische Soldaten getötet oder verwundet worden und 20 bis 30 Flugzeuge zerstört.

Der Angriff auf Al-Asad erfolgte fünf Tage nach der amerikanischen Drohnenattacke, die Qassem Soleimani, den Kommandeur der IRGC-Quds-Einheit, in Bagdad tötete. Iran antwortete mit einem kalkulierten Schlag, der militärische Präzision demonstrierte, aber durch Vorwarnung an die irakische Regierung bewusst amerikanische Todesopfer vermied – und damit eine weitere Eskalationsspirale verhinderte. Was der Angriff jedoch unmissverständlich bewies: Iran verfügt über Raketentechnologie, die amerikanische Stützpunkte in der gesamten Region bedrohen kann. Und diese Fähigkeit ist kein militärisches Beiwerk, sondern das Kernstück einer strategischen Doktrin, die aus der Notwendigkeit geboren wurde.

Die Erblast der Sanktionen: Irans konventionelle Schwäche

Um Irans Investition in asymmetrische Waffentechnologie zu verstehen, muss man zunächst die Ausgangslage erfassen: Die Islamische Republik operiert mit einer der ältesten und am stärksten veralteten Luftwaffen der Region. Die iranische Luftwaffe fliegt noch immer F-14 Tomcat-Kampffjets aus den 1970er Jahren, F-4 Phantom-Düsenjäger aus dem Vietnamkrieg und eine Handvoll russischer Maschinen, für die Ersatzteile und Wartung chronisch knapp sind. Das Durchschnittsalter der iranischen Luftflotte liegt bei über vierzig Jahren. Der tragische Tod von Präsident Ebrahim Raisi und Außenminister Hossein Amir-Abdollahian im Mai 2024 in einem abgestürzten Bell 212-Helikopter – ein Modell, das auf

40 bis 50 Jahre Betriebszeit geschätzt wurde – war ein öffentlich sichtbares Symbol dieser strukturellen Schwäche.

Ursache dieser Erosion ist nicht mangelnde Finanzkraft, sondern politische Isolation. Seit der Islamischen Revolution 1979 ist Iran von westlichen Ersatzteillieferungen für seine ehemalige US-Ausrüstung abgeschnitten. Die UN-Sanktionen ab 2010 und die verschärften US-Sanktionen nach dem Ausstieg aus dem Atomabkommen 2018 haben den Erwerb moderner russischer oder chinesischer Kampfflugzeuge zusätzlich erschwert. Selbst als Russland 2023 Bereitschaft signalisierte, Su-35-Jets zu liefern, scheiterte der Deal an logistischen und finanziellen Hürden. Iran kann keine konventionelle Luftüberlegenheit erringen – weder gegen Israel noch gegen Saudi-Arabien oder gar gegen die USA.

Diese strategische Zwickmühle erzwingt Innovation. Wenn konventionelle Aufrüstung blockiert ist, müssen alternative Wege gefunden werden. Iran wählte eine Kombination aus Raketen, Drohnen und einer asymmetrischen Kriegsführungsdoktrin, die darauf abzielt, nicht durch Masse, sondern durch Präzision und Kosteneffizienz Abschreckung zu erzielen. Das Ergebnis ist ein Militärprogramm, das in westlichen Verteidigungskreisen als zunehmend besorgniserregend wahrgenommen wird – und das iranischen Militärstrategen als Beweis dafür gilt, dass technologische Kreativität geopolitische Schwäche kompensieren kann.

Drohnen: Von Nachbauten zu strategischen Waffen

Die Initialzündung für Irans Drohnenprogramm kam aus einem Zufall. Am 4. Dezember 2011 stürzte eine RQ-170 Sentinel, eine hochmoderne amerikanische Stealth-Aufklärungsdrohne, über iranischem Territorium ab – oder wurde, wie Iran behauptet, durch elektronische Kriegsführung zur Landung gezwungen. Was folgte, war ein Musterbeispiel für Reverse Engineering: Iranische Ingenieure zerlegten die Drohne, studierten ihre Avionik, ihren Tarnkappenbau und ihre Kommunikationssysteme. Fünf Jahre später, 2016, präsentierte Iran die Shahed Saegheh, eine Drohne mit frappierenden Ähnlichkeiten zur RQ-170. Ob vollständige Kopie oder nur inspirierte Eigenentwicklung – die Botschaft war unmissverständlich: Iran konnte aus erbeuteter Technologie eigene Kapazitäten entwickeln.

Heute verfügt Iran über eine der diversifiziertesten Drohnenflotten im Nahen Osten. Die bekannteste Entwicklung sind die Kamikaze-Drohnen der Shahed-Familie, insbesondere die Shahed-136 und Shahed-131. Diese unbemannten Systeme sind keine klassischen Aufklärungsdrohnen, sondern sogenannte Loitering Munitions: Sie tragen einen Sprengkopf von rund 50 Kilogramm, fliegen mit niedriger Geschwindigkeit auf programmierten Routen und stürzen sich bei Erreichen des Ziels in dieses hinein – daher der Begriff "Kamikaze-Drohne". Ihre Reichweite beträgt bis zu 2.000 Kilometer, ihre

Produktionskosten liegen bei geschätzten 20.000 US-Dollar pro Einheit. Zum Vergleich: Eine amerikanische Abwehrrakete, die eine solche Drohne abfangen könnte, kostet drei Millionen Dollar. Diese asymmetrische Kosten-Nutzen-Rechnung ist der strategische Kern der iranischen Doktrin.

Die Effektivität dieser Technologie wurde 2022 im Ukraine-Krieg offensichtlich. Russland begann ab Sommer 2022, Shahed-136-Drohnen in großen Mengen einzusetzen, um ukrainische Energieinfrastruktur anzugreifen. Berichten zufolge lieferte Iran "mehrere Hundert" Drohnen an Moskau im Austausch gegen 140 Millionen Euro in bar sowie erbeutete westliche Waffen. Der Deal hatte für Iran mehrere strategische Dimensionen: Er generierte dringend benötigte Devisen, vertiefte die militärische Kooperation mit Russland und verschaffte iranischen Ingenieuren unschätzbare Feedback aus einem hochintensiven Konflikt.

Die Ukraine wurde zum globalen Testfeld für iranische Drohnentechnologie. Ukrainische Luftabwehr musste lernen, die niedrig fliegenden Shahed-136 zu bekämpfen – anfangs mit begrenztem Erfolg. Die Drohnen flogen in Wellen, oft nachts, und zielten systematisch auf Kraftwerke und Umspannstationen. Ihre Wirkung lag nicht in der Explosivkraft einzelner Einschläge, sondern in der Kumulation: Dutzende Angriffe über Wochen und Monate erschöpften ukrainische Abwehrkapazitäten und zwangen das Land, teure Flugabwehrraketen gegen billige Drohnen einzusetzen. Westliche Militärbeobachter sprachen von einem "asymmetrischen Kräfteverhältnis", das selbst durch massive Waffenlieferungen an die Ukraine nicht ausgeglichen werden konnte.

Für Iran war der Ukraine-Einsatz eine Bestätigung des eigenen Konzepts: Masse schlägt Qualität, wenn die Masse billig genug ist. Satellitenbilder von Ende 2023 zeigten zudem den Bau einer Fabrik in der russischen Region Tatarstan, die Shahed-136-Drohnen in Lizenz produzieren soll – ein Zeichen dafür, dass Moskau die Technologie nicht nur nutzt, sondern dauerhaft integriert. Die geopolitische Botschaft war unmissverständlich: Iran ist nicht länger nur regionaler Akteur, sondern Waffenlieferant mit globaler Reichweite.

Neben den Kamikaze-Drohnen verfügt Iran über Aufklärungs- und Angriffsdrohnen wie die Mohajer-6, die mit Lenkraketen bewaffnet werden kann, und die Ababil-Familie, von der Varianten an regionale Verbündete weitergegeben wurden. Die Houthis im Jemen bauen auf Basis iranischer Baupläne eigene Qasf-1-Drohnen, die strukturell den iranischen Ababil-II-Modellen ähneln und über identische Seriennummernpräfixe verfügen. Ein Bericht der britischen Organisation Conflict Armament Research von 2020 dokumentierte, dass die Houthis mittlerweile eigene Produktionskapazitäten aufgebaut haben – ein Hinweis darauf, dass Iran nicht nur fertige Systeme exportiert, sondern Know-how transferiert.

Cyber-Kriegsführung: Die unsichtbare Waffe

Irans asymmetrische Strategie beschränkt sich nicht auf physische Waffen. Cyber-Operationen sind ein integraler Bestandteil der militärischen Doktrin – und ihre Entwicklung wurde durch eine Demütigung angestoßen, die Iran nie vergessen hat. Im Jahr 2010 infizierte der Stuxnet-Computerwurm, mutmaßlich von USA und Israel entwickelt, iranische Urananreicherungsanlagen in Natanz und zerstörte rund 1.000 Zentrifugen. Der Angriff war ein technologisches Meisterwerk und eine strategische Ohrfeige: Iran war verwundbar in einem Bereich, den es für sicher gehalten hatte.

Die Antwort folgte prompt. Iran baute unter IRGC-Führung eigene Cyber-Einheiten auf, die sowohl defensive als auch offensive Kapazitäten entwickelten. 2012 wurden amerikanische Banken Ziel koordinierter DDoS-Attacken, die Webseiten lahmlegten. 2012 und 2013 folgten Angriffe auf Saudi Aramco, bei denen die Malware "Shamoon" über 30.000 Computer löschte. Westliche Sicherheitsbehörden schrieben diese Operationen iranischen Akteuren zu. Die Botschaft war klar: Iran konnte zurückschlagen, wenn auch nicht auf demselben technologischen Niveau wie seine Gegner.

Heute sind iranische Cyber-Fähigkeiten eine ergänzende Komponente der asymmetrischen Strategie. Sie dienen der Aufklärung, der Sabotage und der Ablenkung. Als Iran im Januar 2020 Al-Asad angriff, behauptete IRGC-Kommandeur Amir Hajizadeh später, iranische Einheiten hätten gleichzeitig Cyber-Attacken gegen amerikanische Kommunikationssysteme durchgeführt. Ob das stimmt, ist unklar – aber die Behauptung selbst zeigt, wie Iran Cyber als Teil eines integrierten Angriffs versteht. Drohnen, Raketen, Cyber: alles Werkzeuge derselben Doktrin.

Raketen: Präzision als Abschreckung

Parallel zu den Drohnen entwickelte Iran ein umfangreiches Raketenprogramm, dessen Wurzeln ebenfalls in einer schmerzhaften Erfahrung liegen: dem Iran-Irak-Krieg der 1980er Jahre. Irakische Streitkräfte setzten sowjetische Scud-Raketen ein, um iranische Städte zu bombardieren – darunter Teheran, das über 480 Kilometer von der irakischen Grenze entfernt liegt. Die psychologische und materielle Wirkung dieser Angriffe prägte die strategische Denkweise der Islamischen Republik nachhaltig. Iran begann, eigene Raketen zu entwickeln, zunächst durch Importe aus China (Silkworm, C-801, C-802 Anti-Schiff-Raketen sowie M-7-Kurzstreckenraketen zwischen 1986 und 1995), später durch eigenständige Weiterentwicklungen.

Heute umfasst Irans Raketenarsenal mehrere Familien mit unterschiedlichen Reichweiten und Einsatzprofilen. Die Sejil-Familie, deren neuestes Modell Sejil-2 im Jahr 2009 vorgestellt wurde, basiert auf Festbrennstoff-Technologie, was kürzere Startvorbereitungszeiten ermöglicht als

Flüssigbrennstoffraketen. Die Sejil-2 hat eine Reichweite von etwa 2.000 Kilometern und einen geschätzten CEP (Circular Error Probable, also die statistische Treffergenauigkeit) von rund 50 Metern – sie kann damit israelische Ziele erreichen. Berichten zufolge wurde sie bei Irans Angriff auf Israel im April 2024 eingesetzt, bei dem über 300 Projektile (170 Drohnen, 30 Marschflugkörper, 120 Ballistikraketen) auf israelisches Territorium abgefeuert wurden. Trotz einer Abfangquote von 99 Prozent durch israelische und amerikanische Luftabwehrsysteme demonstrierte der Angriff Irans Fähigkeit, massierte Salven abzufeuern.

Ergänzt wird das Arsenal durch die Fateh-Familie, präzisionsgelenkte Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von etwa 300 Kilometern und einem CEP von unter zehn Metern. Diese Raketen wurden gezielt an iranische Stellvertretergruppen exportiert: Hezbollah im Libanon verfügt Schätzungen zufolge über mehr als 150.000 Raketen und Projektile, darunter iranische Raad-, Fajr- und Zilzal-Typen. Die Houthis im Jemen setzen modifizierte Versionen der Fateh-110 ein, um saudische Ziele anzugreifen. Irakische Milizen, die mit Iran verbunden sind, haben seit Oktober 2023 über 151 Angriffe auf US-Stützpunkte in Irak und Syrien durchgeführt – viele davon mit iranischer oder iranisch-inspirierter Technologie.

Die strategische Bedeutung dieser Präzisionsraketen liegt weniger in ihrer Vernichtungskraft als in ihrer psychologischen Wirkung: Sie machen kostspielige Infrastruktur, militärische Basen und Energieanlagen verwundbar, ohne dass Iran selbst über Luftüberlegenheit verfügen muss. Als Iran im Januar 2024 Angriffe auf mutmaßliche Mossad-Einrichtungen in Erbil (irakisches Kurdistan) und auf Stützpunkte der sunnitischen Miliz Jaish al-Adl in Pakistan durchführte, waren präzisionsgelenkte Raketen das Mittel der Wahl. Die Botschaft war klar: Iran kann Ziele jenseits seiner Grenzen treffen, ohne Flugzeuge in feindlichen Luftraum schicken zu müssen.

Asymmetrische Doktrin: Mosaic Defense und Schwarm-Taktiken

Diese technologischen Fähigkeiten sind eingebettet in eine militärische Doktrin, die Iran offiziell als "Forward Defense" oder "Offensive Defense" bezeichnet. Erstmals 2003 formuliert und in den parlamentarisch verabschiedeten Fünfjahresplänen von 2004 und 2017 verankert, zielt diese Strategie darauf ab, Bedrohungen außerhalb iranischen Territoriums zu bekämpfen, bevor sie Iran selbst erreichen. Konkret bedeutet das: Iran setzt auf ein Netzwerk regionaler Stellvertretergruppen (Hezbollah, Houthis, irakische Schiitenmilizen, Hamas, Islamischer Dschihad), die mit iranischer Technologie ausgestattet sind und im Konfliktfall koordinierte Angriffe durchführen können.

Diese Strategie folgt dem Prinzip der "Mosaic Defense" – ein Begriff, der die Verteilung von Abschreckungskapazitäten über mehrere Akteure beschreibt, anstatt sie in einem zentralen militärischen Apparat zu konzentrieren. Aus iranischer Sicht hat das mehrere Vorteile: Erstens erschwert es präemptive Schläge gegen iranische Infrastruktur, da die Bedrohung geografisch verteilt ist. Zweitens erlaubt es Iran, indirekt zu agieren und direkte Konfrontationen zu vermeiden, wenn das politisch opportun erscheint. Drittens schafft es eine strategische Tiefe, die Irans konventionelle Schwäche kompensiert.

Ein zentrales Element dieser Doktrin sind Schwarm-Taktiken: Der koordinierte Einsatz vieler kostengünstiger Drohnen und Raketen überfordert selbst hochmoderne Luftabwehrsysteme. Als am 14. September 2019 Drohnen und Marschflugkörper die saudischen Ölanlagen von Abqaiq und Khurais trafen, wurden 18 Trefferpunkte in Abqaiq und vier in Khurais verzeichnet. Die Angriffe legten 5,7 Millionen Barrel pro Tag an Produktionskapazität lahm – fünf Prozent der globalen Ölproduktion. Saudische Patriot-Raketensysteme, die vor Ort stationiert waren, konnten die Angriffe nicht abwehren. Der Grund: Die Patriot-Systeme sind für hochfliegende Ziele optimiert, nicht für niedrig fliegende Drohnen und Marschflugkörper. Zudem war die schiere Anzahl der Angreifer – 25 Drohnen und Raketen – zu hoch, um effektiv bekämpft zu werden.

Die Houthis reklamierten die Verantwortung für den Angriff, doch Trümmeranalysen und die Einschlagrichtung (von Nordwesten) deuteten auf Iran als Ursprung hin. Ein Reuters-Bericht von 2019, der sich auf iranische Regierungsquellen stützte, behauptete, der Angriff sei bei einem geschlossenen Treffen iranischer Militärführer im Mai 2019 geplant worden – mit dem Ziel, die USA für den Ausstieg aus dem Atomabkommen zu bestrafen, ohne Massenopfer zu verursachen. Oberster Führer Khamenei soll die Operation unter der Bedingung genehmigt haben, dass keine Zivilisten oder US-Militärpersonal getötet würden. Ob diese Darstellung stimmt oder nicht – die Wirkung war real: Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate begannen nach 2019, Kanäle nach Teheran zu öffnen, um eine Eskalation zu vermeiden.

Innovation unter Sanktionen: Die Grenzen der Improvisation

Irans Fähigkeit, trotz Jahrzehnte währender Sanktionen ein funktionierendes Militärtechnologie-Programm aufzubauen, ist bemerkenswert – aber sie hat klare Grenzen. Die iranische Militärindustrie ist stark von der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) dominiert. Firmen wie die Iran Aviation Industries Organization und HESA (Iran Aircraft Manufacturing Industrial Company) operieren unter IRGC-Aufsicht und produzieren Drohnen, Raketen und modifizierte Hubschrauber. Der IRGC ist gleichzeitig

Militärorganisation, Wirtschaftskonzern und politischer Akteur – eine Verflechtung, die Innovation ermöglicht, aber auch Korruption und Ineffizienz begünstigt.

Die Produktion basiert auf einer Mischung aus Reverse Engineering, Schmuggel von Dual-Use-Komponenten (etwa tschechische TJ100-Turbojets, die in Marschflugkörpern verbaut werden) und eigenständiger Forschung. Iran hat gelernt, mit begrenzten Ressourcen zu arbeiten: Anstatt hochkomplexe Systeme zu entwickeln, setzt man auf bewährte, robuste Technologie, die sich kostengünstig in Masse produzieren lässt. Das funktioniert bei Drohnen und Raketen besser als bei Kampffjets oder modernen Luftabwehrsystemen. Iran kann keine F-35 bauen, keine S-400-Systeme und keine modernen Fregatten. Was Iran kann, ist die Asymmetrie des Konflikts zu seinen Gunsten zu verschieben: 20.000 Dollar Drohne gegen drei Millionen Dollar Abwehrrakete.

Diese Strategie hat ihre eigenen Schwächen. Iran verfügt über keine Luftüberlegenheit und wird sie auf absehbare Zeit nicht erlangen können. Im Falle eines umfassenden Konflikts wäre die iranische Luftwaffe innerhalb von Tagen ausgeschaltet. Ebenso sind iranische Marinekapazitäten begrenzt – die Flotte besteht aus veralteten Fregatten, Schnellbooten und einigen U-Booten, die gegen die US-Navy oder israelische Marine keine Chance hätten. Irans asymmetrische Kapazitäten sind primär defensiv und abschreckend, nicht offensiv im Sinne einer Eroberungsstrategie.

Regionale Proliferation: Proxy-Bewaffnung als Machtprojektion

Die Weitergabe iranischer Drohnen- und Raketentechnologie an verbündete Gruppen ist kein Nebenschauplatz, sondern integraler Bestandteil der iranischen Sicherheitsstrategie. Hezbollah im Libanon ist das prominenteste Beispiel: Die Organisation verfügt über ein Raketenarsenal, das größer ist als das mancher europäischer Staaten. Hassan Nasrallah, Hezbollah's langjähriger Generalsekretär, sagte 2016 offen:

"Wir sind transparent darüber, dass Hezbollah's Budget, sein Einkommen, seine Ausgaben, alles was es isst und trinkt, seine Waffen und Raketen, von der Islamischen Republik Iran kommen."

Was diese Aussage nicht verrät, ist die qualitative Transformation, die Hezbollah's Arsenal in den letzten 15 Jahren durchlaufen hat. In den 1990er und 2000er Jahren verfügte Hezbollah primär über ungenaue Katjuscha-Raketen und Fajr-Systeme – Waffen, die im Hagel abgefeuert werden mussten, um überhaupt Treffer zu erzielen. Seit Mitte der 2010er Jahre hat Iran jedoch präzisionsgelenkte Raketen wie die Fateh-110 an Hezbollah geliefert oder die Organisation beim Umbau vorhandener Raketen zu Präzisionssystemen unterstützt. Diese Transformation ist strategisch entscheidend: Präzisionsraketen

erlauben es Hezbollah, gezielt militärische Einrichtungen, Kommandozentralen oder kritische Infrastruktur anzugreifen, ohne massenhaft Zivilisten zu treffen.

Israel hat auf diese Entwicklung mit massiven Luftangriffen reagiert. 2018 bombardierte die israelische Luftwaffe mehrfach Lagerhäuser im Libanon, wo mutmaßlich iranische Präzisions-Upgrade-Kits gelagert wurden. Im September 2024, kurz vor der Eskalation, die zum israelischen Einmarsch führte, zerstörte Israel gezielt Gebäude, in denen nach israelischen Angaben Präzisionsraketen versteckt waren. Die Botschaft war unmissverständlich: Israel betrachtet Hezbollahs Präzisionsarsenal als existenzielle Bedrohung und ist bereit, präemptiv zu handeln. Dass Hezbollah trotzdem weiterhin präzisionsgelenkte Systeme erhält, zeigt Irans Entschlossenheit, diese strategische Tiefe zu erhalten.

Die Houthis im Jemen, die seit 2014 gegen eine saudisch-geführte Koalition kämpfen, haben ebenfalls massiv von iranischer Unterstützung profitiert. Ihre Fähigkeit, mit modifizierten Qasef-1-Drohnen und Fateh-110-Varianten Ziele über 1.000 Kilometer entfernt zu treffen, wäre ohne iranischen Know-how-Transfer undenkbar. Im März 2022 griffen Houthis mit Drohnen saudische Ölanlagen in Dschidda an – über 1.000 Kilometer von der jemenitisch-saudischen Grenze entfernt. Seit dem Gaza-Krieg ab Oktober 2023 haben die Houthis wiederholt Schiffe im Roten Meer angegriffen, was den globalen Seehandel erheblich beeinträchtigt hat. Diese Angriffe dienen iranischen Interessen, indem sie die Aufmerksamkeit der USA und ihrer Verbündeten binden und gleichzeitig Druck auf Israel ausüben.

In Irak operieren zahlreiche schiitische Milizen, die nominell der irakischen Regierung unterstehen, faktisch aber iranische Unterstützung erhalten. Diese Gruppen haben seit Oktober 2023 über 151 Angriffe auf US-Stützpunkte in Irak und Syrien durchgeführt, meist mit Raketen und Drohnen. Die Angriffe sind selten tödlich, aber sie sind politisch wirksam: Sie demonstrieren, dass amerikanische Präsenz im Irak nicht unangefochten ist, und sie signalisieren iranischen Einfluss.

Auch Hamas und der Islamische Dschihad in Gaza haben iranische Unterstützung erhalten, wenngleich die Volumina aufgrund der israelischen Blockade begrenzt sind. Berichte deuten darauf hin, dass Iran Hamas mit Blaupausen für Raketen wie die Fajr-5 und M-302 versorgt hat, die Hamas dann in Gaza in Eigenproduktion herstellte. Iranische Offizielle betonten nach dem 7. Oktober 2023 wiederholt, dass die Hamas-Angriffe eigenständig geplant wurden, aber die Fähigkeiten, die Hamas demonstrierte, sind ohne iranische Vorarbeit kaum denkbar.

Geopolitische Implikationen: Die Erosion der Luftüberlegenheit

Die strategischen Auswirkungen der iranischen Drohnen- und Raketenprogramme reichen weit über den Nahen Osten hinaus. Bei einer Anhörung des US-Kongresses im Jahr 2021 erklärte General Kenneth

McKenzie, dass Iran "regionale Partner und den freien Fluss von Handel durch den Einsatz von Stellvertretern und die Proliferation bewaffneter unbemannter Luftfahrtsysteme weiterhin bedroht". Kongressabgeordneter Scott DesJarlais formulierte es noch deutlicher:

"Als Ergebnis der Herausforderungen bei der Erkennung und Abwehr von unbemannten Luftfahrtsystemen operieren die Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit dem Korea-Krieg ohne vollständige Luftüberlegenheit."

Diese Aussage markiert einen Wendepunkt in der strategischen Debatte. Seit dem Zweiten Weltkrieg basierte amerikanische Militärstrategie auf der Annahme, dass die USA im Konfliktfall schnell Luftüberlegenheit erringen und damit feindliche Infrastruktur lahmlegen könnten. Drohnen und Präzisionsraketen verändern diese Kalkulation: Sie sind billig, schwer zu entdecken und können in Massen eingesetzt werden. Selbst wenn 90 Prozent abgefangen werden, reichen die verbleibenden zehn Prozent, um kritische Infrastruktur zu beschädigen. Die Kosten der Verteidigung übersteigen schnell die Kosten des Angriffs.

Ein historischer Wendepunkt ereignete sich im April 2024, als Iran über 300 Projektile direkt auf Israel abfeuerte – 170 Drohnen, 30 Marschflugkörper und 120 Ballistikraketen. Die unmittelbare militärische Wirkung war gering: Eine koordinierte Abwehr durch israelische, amerikanische, jordanische und andere regionale Partner fing 99 Prozent der Angriffe ab. Doch die strategische Bedeutung lag nicht in der Schadenswirkung, sondern in der symbolischen Schwelle, die überschritten wurde. Seit 1991, als irakische Scud-Raketen auf Israel fielen, hatte kein Staat Israel direkt mit Raketen und Drohnen angegriffen. Iran brach dieses Tabu.

Die Operation war sorgfältig kalibriert: Iran gab über diplomatische Kanäle Vorwarnungen weiter, um Massenopfer zu vermeiden, demonstrierte aber gleichzeitig Fähigkeit und Willen zu direkten Angriffen. Aus iranischer Sicht war das ein Erfolg – nicht weil Ziele zerstört wurden, sondern weil eine neue rote Linie etabliert wurde. Israel und die USA mussten akzeptieren, dass Iran bereit ist, direkt zu agieren, wenn Teheran seine Interessen bedroht sieht. Die Abschreckung funktionierte in beide Richtungen: Israel verzichtete auf massive Vergeltung, weil ein größerer Konflikt nicht im Interesse Tel Avivs lag. Irans Militärtechnologie hatte nicht durch Zerstörung, sondern durch Drohpotenzial gewirkt.

Für regionale Akteure wie Israel und Saudi-Arabien bedeutet das eine fundamentale Neuausrichtung von Sicherheitsstrategien. Thomas Friedman schrieb nach den Angriffen auf Abqaiq in der New York Times, dass "jedes Land nun seine Sicherheitsstrategie neu kalkuliert, beginnend mit Israel". Ein Mitbegründer von Israels Atomreaktor Dimona wurde mit der Aussage zitiert, Israel solle die Anlage angesichts der demonstrierten iranischen Fähigkeiten möglicherweise schließen. Saudi-Arabien, das jahrzehntelang auf

konfrontative Politik gegen Iran setzte, begann nach 2019, Kanäle zu öffnen. Die VAE folgten diesem Beispiel noch früher, nachdem 2019 Tanker vor ihrer Küste angegriffen wurden.

Für Iran selbst sind diese Entwicklungen eine Bestätigung seiner strategischen Wahl. Oberster Führer Ali Khamenei erklärte 2022, die Welt stehe "an der Schwelle einer neuen internationalen Ordnung", und verwies auf die "Widerstandsachse" und aufstrebende asiatische Mächte als Faktoren, die den Niedergang amerikanischer Hegemonie beschleunigen würden. IRGC-Kommandeur Hossein Salami formulierte es 2023 noch direkter:

"Iran hat die globale Szene verändert und die Ordnung gestört, die von westlichen Mächten geschaffen wurde."

Ausblick: Erfolge, Grenzen und Zukunftsfragen

Irans asymmetrische Militärstrategie ist in ihrem eigenen Referenzrahmen erfolgreich. Das Land hat trotz massiver Sanktionen und internationaler Isolation Kapazitäten aufgebaut, die amerikanische und israelische Planer vor erhebliche Probleme stellen. Die Kosten-Nutzen-Rechnung – 20.000 Dollar Drohne gegen drei Millionen Dollar Abwehrrakete – ist aus iranischer Sicht bestechend. Die Proliferation dieser Technologie an Stellvertretergruppen schafft eine strategische Tiefe, die Iran ohne konventionelle Streitkräfte nicht hätte erreichen können. Die psychologische Wirkung ist ebenfalls beträchtlich: Regionale Gegner müssen permanent mit Angriffen rechnen, was politische Spielräume einschränkt.

Dennoch bleiben die Grenzen dieser Strategie offensichtlich. Iran kann keine Luftüberlegenheit erringen, keine Seewege dauerhaft kontrollieren und keine großflächigen Bodenoperationen durchführen. Im Falle eines umfassenden Krieges gegen eine Koalition aus USA, Israel und Golfstaaten wäre Irans konventionelles Militär schnell dezimiert. Die asymmetrischen Kapazitäten sind primär defensiv und abschreckend – sie können Gegner von Angriffen abhalten, aber sie ermöglichen keine militärische Expansion.

Zudem birgt die Proliferation iranischer Technologie Risiken für Iran selbst. Stellvertretergruppen verfolgen eigene Agenden, die nicht immer mit iranischen Interessen übereinstimmen. Hamas' Entscheidung, am 7. Oktober 2023 Israel anzugreifen, erfolgte nach iranischen Angaben ohne Konsultation Teherans – und zog Iran in eine Eskalationsspirale, die es möglicherweise vermeiden wollte. Ebenso könnten die Houthis durch Angriffe auf internationale Schifffahrt eine Intervention provozieren, die auch Iran treffen würde.

Die Zukunft iranischer Militärtechnologie dürfte in zwei Richtungen weisen: Zum einen wird Iran versuchen, seine Drohnen mit Künstlicher Intelligenz auszustatten, um autonom operierende Schwärme zu entwickeln. Zum anderen wird Iran an Hyperschallraketen arbeiten, die aufgrund ihrer Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit noch schwerer abzufangen sind. Beide Entwicklungen würden die asymmetrische Dynamik weiter zu Irans Gunsten verschieben – sofern nicht gleichzeitig Durchbrüche in der Luftabwehrtechnologie erfolgen.

Was bleibt, ist eine nüchterne Erkenntnis: Iran hat aus seiner konventionellen Schwäche eine strategische Stärke gemacht. Drohnen und Raketen sind keine vollwertigen Ersatz für moderne Luftstreitkräfte, aber sie sind effektive Mittel der Abschreckung und der indirekten Konfliktführung. Sie verändern regionale Machtbalancen und zwingen Gegner, ihre Sicherheitsstrategien zu überdenken. Ob das ausreicht, um Irans Vision einer "neuen Weltordnung" zu verwirklichen, ist fraglich. Aber es reicht, um Iran zu einem Faktor zu machen, den niemand in der Region ignorieren kann.

Anmerkungen und Quellen

Middle East Council on Global Affairs: "Iran's Missile and Drone Program: Disrupting U.S. Aerial Hegemony" (Juli 2024), <https://mecouncil.org/publication/irans-missile-and-drone-program-disrupting-u-s-aerial-hegemony/>

Conflict Armament Research: "Iranian Technology Transfers to Yemen" (2017), <https://www.conflictarm.com/perspectives/iranian-technology-transfers-to-yemen/>

Conflict Armament Research: "Evolution of UAVs Employed by Houthi Forces in Yemen" (2020), <https://www.conflictarm.com/dispatches/evolution-of-uavs-employed-by-houthi-forces-in-yemen/>

CSIS Missile Defense Project: "Missiles of Iran", <https://missilethreat.csis.org/country/iran/>

House Armed Services Committee: "National Security Challenges and U.S. Military Activities in the Greater Middle East and Africa" (April 2021), <https://www.centcom.mil/Portals/6/Documents/Transcripts/04202021HASCCECOMandAFRICOMTranscript.pdf>

CBS News: "Who would live and who would die: The inside story of the Iranian attack on Al Asad Airbase" (August 2021), <https://www.cbsnews.com/news/iranian-attack-al-asad-air-base-60-minutes-2021-08-08/>

Reuters: "Iran's role in Saudi Aramco attacks: Special Report" (November 2019), <https://www.reuters.com/article/idUSKBN1YN29E/>

NPR: "What We Know About The Attack On Saudi Oil Facilities" (September 2019),
<https://www.npr.org/2019/09/19/762065119/what-we-know-about-the-attack-on-saudi-oil-facilities>

United Against Nuclear Iran: "The September 2019 Attacks on Abqaiq and Khurais",
<https://www.unitedagainstinucleariran.com/september-2019-attacks-on-abqaiq-and-khuraish>

The Guardian: "Iran builds attack drone similar to captured US model" (Oktober 2016),
<https://www.theguardian.com/world/2016/oct/01/iran-builds-thunderbolt-drone>

Military Times: "Army approves 39 Purple Hearts for 2020 Iran missile attack" (Dezember 2021),
<https://www.armytimes.com/news/your-army/2021/12/08/army-approves-31-purple-hearts-for-2020-iran-missile-attack/>

Responsible Statecraft: "Iran's 2020 attack on US base underscored maximum pressure folly" (Januar 2022), <https://responsiblestatecraft.org/2022/01/08/irans-attack-on-us-base-in-iraq-underscored-depth-of-max-pessures-folly/>

The War Zone: "Everything New We Just Learned About The 2020 Iranian Missile Attack On U.S. Forces In Iraq" (März 2021), <https://www.twz.com/39527/everything-new-we-just-learned-about-the-iranian-missile-attack-on-al-asad-air-base>

CNBC: "Drone and missile debris proves Iranian role in Aramco attack, Saudi defense ministry claims" (September 2019), <https://www.cnn.com/2019/09/18/saudi-arabia-drone-and-missile-debris-proves-iranian-role-in-attack.html>

Teil 5: Blick nach Osten: multipolarer Balanceakt. Wie die Islamische Republik durch SCO, BRICS und strategische Partnerschaften westliche

Am 23. August 2023 stand Präsident Ebrahim Raisi im Johannesburger Sandton Convention Centre vor den versammelten Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten und verkündete Irans Beitritt zur Gruppe der aufstrebenden Wirtschaftsmächte.

"Die Welt braucht Konvergenz, um ein gerechtes System auf Basis kollektiver Interessen aufzubauen, und BRICS gilt als Symbol für einen solchen Wandel in den globalen Beziehungen", erklärte Raisi.

Für den iranischen Präsidenten war die Einladung mehr als nur eine diplomatische Auszeichnung – sie war die Bestätigung einer strategischen Neuausrichtung, die Iran seit zwei Jahrzehnten verfolgt: die Abkehr vom Westen und die Integration in asiatische und eurasische Strukturen.

Wenige Wochen zuvor, am 4. Juli 2023, war Iran bereits als neuntes Vollmitglied in die Shanghai Cooperation Organisation (SCO) aufgenommen worden, nach 15 Jahren als Beobachter. Raisi sprach damals von einem "historischen Moment" und davon, dass "Hegemonie und Unilateralismus scheitern" zugunsten "unabhängiger" Länder. Diese beiden Beitritte – SCO und BRICS innerhalb weniger Wochen – markierten den vorläufigen Höhepunkt einer Strategie, die in iranischen Regierungskreisen unter dem Schlagwort "Blick nach Osten" firmiert. Die Frage, die sich stellt, ist nicht, ob diese Strategie existiert, sondern was sie tatsächlich bewirkt – und wo ihre Grenzen liegen.

Die Look East-Doktrin: Von Pragmatismus zur Ideologie

Irans strategische Hinwendung zu Asien ist keine Erfindung der konservativen Raisi-Regierung, sondern hat Wurzeln, die bis in die frühen 2000er Jahre zurückreichen. Nach dem Zusammenbruch der reformorientierten Atomverhandlungen unter Präsident Mohammad Khatami und der Verschärfung internationaler Sanktionen gegen Irans Nuklearprogramm ab 2006 begann Teheran systematisch, wirtschaftliche und politische Beziehungen jenseits der westlichen Hemisphäre aufzubauen. Unter Präsident Mahmoud Ahmadinejad (2005-2013) wurden Handelsabkommen mit China, Russland und zentralasiatischen Staaten intensiviert, auch wenn diese oft mehr Rhetorik als Substanz enthielten.

Die eigentliche Institutionalisierung der "Look East"-Politik erfolgte unter Oberster Führer Ali Khamenei, der spätestens nach dem Scheitern des Atomabkommens 2018 – als US-Präsident Donald Trump einseitig aus dem JCPOA ausstieg und maximale Wirtschaftssanktionen verhängte – diese Strategie zur

offiziellen Staatsdoktrin erhob. Khamenei, der seit den 1980er Jahren eine tief sitzende Skepsis gegenüber westlichen Motiven hegt, sah im amerikanischen Verhalten die Bestätigung seiner Grundüberzeugung: Der Westen ist kein verlässlicher Partner, und Iran muss seine Zukunft in Asien und Eurasien suchen.

Präsident Hassan Rouhani (2013-2021), ein Pragmatiker, der das JCPOA ausgehandelt hatte, versuchte noch, eine Balance zwischen Westorientierung und östlichen Partnerschaften zu halten. Doch nach Trumps Ausstieg und den erdrückenden Sanktionen verlor diese Haltung an innenpolitischer Unterstützung. Konservative Kräfte, die ohnehin skeptisch gegenüber Kompromissen mit dem Westen waren, gewannen an Einfluss. Mit Raisis Wahlsieg 2021 war die politische Konsolidierung komplett: Alle drei Staatsgewalten – Exekutive, Legislative, Judikative – wurden von Konservativen kontrolliert, die "Look East" nicht als taktisches Manöver, sondern als strategische Notwendigkeit verstanden.

Diese Neuausrichtung hatte auch eine ideologische Komponente. Iranische Staatsmedien und Regierungsfunktionäre begannen, von einer "neuen Weltordnung" zu sprechen, in der die amerikanische Hegemonie durch ein multipolares System ersetzt würde. BRICS, SCO und die chinesische Belt and Road Initiative wurden als Bausteine dieser neuen Ordnung präsentiert – eine Ordnung, in der Iran nicht als Paria-Staat, sondern als gleichberechtigter Akteur agieren könne. Die Frage war: Würde diese Vision Realität werden, oder blieb sie politische Wunschprojektion?

SCO: 15 Jahre Wartezeit für ein Club-Mitgliedschaft

Irans Weg in die Shanghai Cooperation Organisation war lang und steinig. 2005 hatte Iran einen Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt, wurde jedoch zunächst nur als Beobachter akzeptiert. Der Grund war primär politischer Natur: UN-Sanktionen gegen Irans Nuklearprogramm machten eine Vollmitgliedschaft aus Sicht der SCO-Gründungsstaaten China und Russland kompliziert. Zudem gab es innerhalb der Organisation Vorbehalte – insbesondere bei Indien und den zentralasiatischen Republiken –, einen Staat aufzunehmen, der unter massiven internationalen Sanktionen stand und dessen außenpolitisches Profil höchst umstritten war.

Erst 2021, bei einem SCO-Gipfel in Duschanbe, wurde der Prozess zur Vollmitgliedschaft eingeleitet. Im September 2022 unterzeichnete Iran in Samarkand ein Memorandum of Obligations, das die Verpflichtungen für eine Vollmitgliedschaft festlegte. Am 4. Juli 2023 wurde Iran schließlich als neuntes Mitglied aufgenommen – gemeinsam mit China, Russland, Indien, Pakistan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan. 2024 folgte Belarus als zehntes Mitglied.

Die SCO wurde 2001 als Nachfolgerin der "Shanghai Five" gegründet, einer Gruppe von Staaten, die sich primär mit Grenzsicherheit und der Bekämpfung von "Terrorismus, Separatismus und Extremismus" befasste – eine Formulierung, die sowohl islamistische Militanz in Zentralasien als auch uigurische und tschetschenische Separatismus umfasste. Mit der Zeit entwickelte sich die SCO zu einer politisch-wirtschaftlichen Organisation mit dem erklärten Ziel, eine Alternative zu westlich dominierten Strukturen zu schaffen. Doch trotz großer Zahlen – die SCO-Mitglieder repräsentieren 40 Prozent der Weltbevölkerung, 60 Prozent der eurasischen Landmasse und 20 Prozent des globalen BIP – blieb die Organisation in ihrer konkreten Wirkung begrenzt.

Für Iran bot die SCO-Mitgliedschaft mehrere symbolische und praktische Vorteile. Erstens durchbrach sie Irans diplomatische Isolation: Als Vollmitglied einer Organisation, die von China und Russland dominiert wird und in der Indien und Pakistan trotz ihrer Rivalitäten zusammenarbeiten, erhielt Iran Zugang zu einem Forum, das globale Anerkennung signalisiert. Zweitens eröffnete die Mitgliedschaft theoretisch wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten, insbesondere im Energiesektor und bei Infrastrukturprojekten. Drittens bot sie Rückendeckung gegen westliche Sanktionen: SCO-Mitglieder koordinieren ihre Positionen in internationalen Gremien, und Iran konnte darauf hoffen, dass China und Russland ihre diplomatische Macht nutzen würden, um Druck auf Teheran zu mindern.

Allerdings sind die konkreten wirtschaftlichen Erträge der SCO-Mitgliedschaft bisher überschaubar. Die Organisation verfügt über keine bindenden Handelsmechanismen, keine gemeinsame Währung und keine integrierten Märkte. Wirtschaftskooperation erfolgt bilateral, nicht multilateral. Iranische Exporte in SCO-Länder stiegen zwar nach 2022 an – laut iranischen Zollbehörden um etwa 20 Prozent –, doch dieser Anstieg war primär auf chinesische Ölkäufe zurückzuführen, nicht auf die SCO-Mitgliedschaft per se. Die SCO ist, wie ein westlicher Analyst es formulierte, eher eine "Plattform für Konsultationen" als eine funktionierende Wirtschaftsgemeinschaft. Innere Spannungen – etwa zwischen Indien und China, zwischen Indien und Pakistan, oder zwischen zentralasiatischen Staaten und Russland – verhindern tiefergehende Integration.

Dennoch war die SCO-Mitgliedschaft für Iran politisch wertvoll. Sie unterstrich Irans Selbstdarstellung als Land, das seinen Platz in Asien und Eurasien gefunden hat, und sie bot eine institutionelle Anbindung an Chinas Belt and Road Initiative, die über die SCO koordiniert wird. Für die iranische Führung war die Aufnahme in die SCO ein Beleg dafür, dass "Look East" nicht nur Rhetorik, sondern greifbare Realität geworden war.

BRICS: Vom Investment-Slogan zum geopolitischen Signal

Wenn die SCO primär eine sicherheitspolitisch-diplomatische Plattform ist, dann versteht sich BRICS als wirtschaftliches und entwicklungspolitisches Gegengewicht zu westlich dominierten Institutionen wie G7, IWF und Weltbank. Die Abkürzung BRICS wurde 2001 von Goldman Sachs-Ökonom Jim O'Neill geprägt, um aufstrebende Schwellenländer zu beschreiben: Brasilien, Russland, Indien, China. 2010 kam Südafrika hinzu, und aus BRIC wurde BRICS. Was als Investmentbegriff begann, entwickelte sich zu einem realen politischen Forum, das sich jährlich zu Gipfeltreffen versammelt und gemeinsame Positionen formuliert.

Die BRICS-Erweiterung von 2023 war die größte seit der Gründung. Neben Iran wurden Ägypten, Äthiopien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eingeladen, ab 1. Januar 2024 Vollmitglieder zu werden. Argentinien wurde ebenfalls eingeladen, lehnte aber nach einem Regierungswechsel im November 2023 ab. Saudi-Arabien zögert bis heute mit einer formalen Bestätigung seiner Mitgliedschaft, nimmt aber an BRICS-Aktivitäten teil. 2025 trat Indonesien bei, womit BRICS zum ersten Mal ein südostasiatisches Mitglied erhielt.

Für Iran war die BRICS-Einladung ein diplomatischer Triumph. Raisi hatte im Juni 2022 offiziell einen Beitrittsantrag gestellt, und die Aufnahme im August 2023 war das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit durch Russland und China, die Iran als strategischen Partner in ihrer Konfrontation mit dem Westen sehen. Mohammad Jamshidi, stellvertretender Stabschef für politische Angelegenheiten im Präsidialbüro, nannte die Aufnahme einen "strategischen Erfolg" und eine "historische Entwicklung". Konservative Medien in Iran feierten den Beitritt als Beweis dafür, dass Irans "revolutionäre Regierung" erfolgreich sei, während die gescheiterte Nukleardiplomatie unter Rouhani und Außenminister Javad Zarif als Irrweg dargestellt wurde.

Die BRICS-Mitgliedschaft versprach Iran mehrere Vorteile. Erstens würde sie Zugang zur New Development Bank (NDB) verschaffen, einer von BRICS 2014 gegründeten Entwicklungsbank mit Sitz in Shanghai, die als Alternative zur Weltbank konzipiert ist. Die NDB hat ein Kapital von 100 Milliarden Dollar und vergibt Kredite für Infrastrukturprojekte in Mitgliedsländern – theoretisch eine Finanzierungsquelle, die nicht an westliche Auflagen gebunden ist. Zweitens bot BRICS eine Plattform für Irans De-Dollarisierungsstrategie: Mehrere BRICS-Mitglieder, insbesondere Russland und China, arbeiten daran, den US-Dollar im bilateralen Handel durch nationale Währungen oder alternative Zahlungssysteme zu ersetzen. Raisi betonte in Johannesburg, Iran sei bereit, in nationalen Währungen zu handeln und die "Dominanz des Dollars" zu beenden. Drittens signalisierte die BRICS-Mitgliedschaft, dass Iran nicht länger international isoliert ist: Eine Organisation, die nach der Erweiterung 46 Prozent der

Weltbevölkerung und 37 Prozent des globalen BIP (gemessen in Kaufkraftparität) repräsentiert, hat Iran als Vollmitglied akzeptiert.

Doch die Realität hinter diesen Versprechen ist komplexer. Die NDB hat bisher keine großen Projekte in Iran finanziert – teils weil Irans Kreditwürdigkeit unter Sanktionen leidet, teils weil die Bank selbst vorsichtig agiert, um nicht in Konflikt mit internationalen Finanzregulierungen zu geraten. Die De-Dollarisierung macht Fortschritte, aber langsam: China kauft iranisches Öl in Yuan, Russland und Iran wickeln einige Geschäfte in Rubel und Rial ab, doch der Dollar bleibt dominierend, weil die meisten globalen Rohstoffmärkte in Dollar abgerechnet werden. Zudem ist BRICS als Organisation wenig kohärent: Indien und Brasilien pflegen enge Beziehungen zum Westen, Indien hat scharfe Grenzkonflikte mit China, und Saudi-Arabien und Iran sind regionale Rivalen. Entscheidungen werden im Konsens getroffen, was substantielle Kooperation erschwert.

Ein westlicher Analyst brachte es auf den Punkt: "BRICS ist als Mittel, diplomatische Isolation zu entkommen, sicherlich nützlich für Russland – dasselbe gilt für Iran." Joseph Nye schrieb im Januar 2025, BRICS sei "als Rettungsring für isolierte Staaten" funktional, aber nicht als Motor für eine neue Weltordnung. US-Präsident Donald Trump bezeichnete BRICS im Februar 2025 auf Truth Social als "tot" und drohte mit 100-Prozent-Zöllen auf Länder, die eine BRICS-Währung einführen oder vom Dollar abweichen würden. Diese Drohung war sowohl Ausdruck westlicher Nervosität als auch ein Indikator dafür, dass BRICS' ökonomische Schlagkraft begrenzt ist.

Für Iran bleibt die BRICS-Mitgliedschaft dennoch wertvoll – nicht wegen konkreter wirtschaftlicher Erträge, sondern wegen des politischen Signals. Iran kann sich als Teil einer globalen Bewegung präsentieren, die westliche Hegemonie infrage stellt. Das stärkt die innenpolitische Legitimität der konservativen Regierung und bietet diplomatische Rückendeckung in internationalen Foren.

China-Iran: Die 400-Milliarden-Dollar-Partnerschaft und ihre Realität

Das Herzstück von Irans "Look East"-Strategie ist die Partnerschaft mit China. Am 27. März 2021 unterzeichneten der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif und sein chinesischer Amtskollege Wang Yi in Teheran ein 25-jähriges Kooperationsabkommen, offiziell als "Comprehensive Strategic Partnership" bezeichnet. Das Abkommen, das anlässlich des 50. Jahrestags der diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und China unterzeichnet wurde, war bereits seit 2016 in Diskussion – seit dem Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Teheran, kurz nach der Umsetzung des Atomabkommens JCPOA.

Die Details des Abkommens wurden nie vollständig veröffentlicht, doch ein durchgesickerter Entwurf von 2020, der von der New York Times und anderen Medien zitiert wurde, skizzierte eine umfassende wirtschaftliche, militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Demnach soll China über 25 Jahre bis zu 400 Milliarden Dollar in Irans Energie-, Infrastruktur-, Telekommunikations- und Bankensektor investieren. Im Gegenzug würde China garantierten Zugang zu iranischem Öl und Gas erhalten – mit einem Rabatt von mindestens 12 Prozent gegenüber Benchmark-Preisen, plus einem Risikozuschlag von 6 bis 8 Prozent. Das Abkommen sah zudem vor, dass China Sicherheitspersonal in Iran stationieren könne, um chinesische Projekte zu schützen, und dass iranische Häfen entlang des Persischen Golfs und des Golfs von Oman für chinesische Marineschiffe zugänglich gemacht würden.

Diese Zahlen lösten in Iran massive Kontroversen aus. Kritiker, darunter Oppositionelle im Exil und gemäßigte Politiker innerhalb Irans, warfen der Regierung vor, iranische Souveränität zu verkaufen. Der Vorwurf lautete, Iran würde zu einer "chinesischen Kolonie" degradiert, chinesische Truppen auf iranischem Boden zugelassen und strategische Häfen sowie Inseln an Peking überlassen. Zarif und andere Regierungsvertreter dementierten diese Behauptungen energisch. Zarif erklärte, es gebe "kein solches Abkommen" mit den genannten Details, und keine Inseln oder Häfen würden "verpachtet". Auch die 400-Milliarden-Dollar-Zahl wurde von chinesischer Seite relativiert: Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums sagte, das Abkommen enthalte "keine quantitativen, spezifischen Verträge oder Ziele", sondern sei lediglich ein "allgemeiner Rahmen" für Kooperation.

Die Realität liegt vermutlich zwischen Versprechen und Dementis. China hat in den letzten 15 Jahren etwa 27 Milliarden Dollar in Iran investiert – 400 Milliarden über 25 Jahre wären also eine gewaltige Steigerung, aber angesichts westlicher Sanktionen und Irans wirtschaftlicher Instabilität erscheint diese Summe unrealistisch. Was jedoch unbestritten ist: China ist Irans größter Handelspartner und wichtigster Abnehmer für iranisches Öl. Offizielle chinesische Statistiken wiesen lange Zeit nur etwa 80.000 Barrel pro Tag aus, doch unabhängige Schätzungen gehen von 600.000 bis 900.000 Barrel pro Tag aus, die über Schiff-zu-Schiff-Transfers und Umdeklarierungen (etwa über Malaysia) nach China gelangen. Diese Öl-Deals sind für Iran überlebenswichtig: Sie generieren Devisen, die anders nicht zu beschaffen sind.

Im Rahmen des 25-Jahres-Abkommens hat China begonnen, in iranische Infrastruktur zu investieren – wenn auch in kleinerem Umfang als erhofft. Ein chinesisches Konsulat wurde 2022 in Bandar Abbas eröffnet, einem strategisch wichtigen Hafen am Persischen Golf in der Nähe der Straße von Hormus. Chinesische Firmen sind an der Elektrifizierung iranischer Eisenbahnstrecken beteiligt und an der Entwicklung der Häfen Chabahar und Jask an der Makran-Küste. Diese Projekte sind Teil von Chinas Belt and Road Initiative (BRI), die Landverbindungen von Ostasien nach Europa schaffen soll. Iran liegt

geografisch ideal auf dieser Route und könnte als Transitland profitieren – vorausgesetzt, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stabilisieren sich.

Doch Chinas Engagement in Iran bleibt vorsichtig. Peking pflegt gleichzeitig enge Beziehungen zu Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten – allesamt regionale Rivalen oder potenzielle Gegner Irans. Im Jahr 2023 vermittelte China ein überraschendes Abkommen zwischen Iran und Saudi-Arabien zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, die 2016 abgebrochen worden waren. Dieser Schritt zeigte Chinas Interesse, als neutraler Mediator aufzutreten, der regionale Stabilität fördert, ohne Partei zu ergreifen. China kauft mehr Öl von Saudi-Arabien als von Iran, und chinesische Investitionen im Königreich übersteigen jene in Iran bei weitem. Aus Pekings Sicht ist Iran ein wichtiger, aber nicht exklusiver Partner – und solange US-Sanktionen bestehen, bleiben chinesische Investitionen begrenzt, um nicht selbst ins Fadenkreuz amerikanischer Sekundärsanktionen zu geraten.

Für Iran bedeutet das: China ist ein lebenswichtiger Partner, aber kein Allheilmittel. Ohne chinesische Ölkäufe wäre Irans Wirtschaft kollabiert. Doch die erhofften Großinvestitionen bleiben aus, und Iran ist in seiner Abhängigkeit von China verwundbar – eine Abhängigkeit, die Peking strategisch nutzen kann.

Russland-Iran: Vom Krim-Konflikt zum Ukraine-Krieg

Irans Beziehungen zu Russland haben eine lange, wechselhafte Geschichte. Während der Sowjetzeit war das Verhältnis angespannt, doch nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 näherten sich Moskau und Teheran an – primär aus pragmatischen Gründen: Beide Staaten sahen sich vom Westen isoliert, beide hatten Interesse an Zusammenarbeit in Zentralasien und dem Kaukasus. Russland baute Irans Atomreaktor in Bushehr, lieferte Luftabwehrsysteme (S-300) und koordinierte in Syrien ab 2015 militärisch mit Iran, um das Assad-Regime zu stabilisieren.

Der Wendepunkt in den russisch-iranischen Beziehungen war Russlands Invasion der Ukraine im Februar 2022. Iran unterstützte Russland – nicht aus ideologischer Solidarität, sondern aus strategischem Kalkül. Bereits im Sommer 2022 begann Iran, Shahed-136-Kamikaze-Drohnen an Russland zu liefern, die Moskau massiv gegen ukrainische Energieinfrastruktur einsetzte. Berichte sprachen von "mehreren Hundert" Drohnen im Wert von 140 Millionen Euro, bezahlt in bar und mit erbeuteten westlichen Waffen. Für Iran war der Deal lukrativ: Er generierte Devisen, vertiefte die militärische Kooperation mit Moskau und demonstrierte iranische Technologie unter Kriegsbedingungen.

Die Kooperation ging über Drohnen hinaus. Russland und Iran koordinieren ihre Positionen in der SCO und bei den Vereinten Nationen, wo Moskau regelmäßig sein Veto nutzt, um Resolutionen gegen Iran zu blockieren. Wirtschaftlich haben beide Länder Interesse an De-Dollarisierung und an der Schaffung

alternativer Zahlungssysteme. Russland verkauft Öl und Gas trotz westlicher Sanktionen nach Asien – genau wie Iran. Beide Länder sehen sich als Opfer westlicher "illegaler Sanktionen" und als Architekten einer multipolaren Weltordnung.

Allerdings ist die russisch-iranische Partnerschaft nicht ohne Spannungen. In Syrien verfolgen beide Länder teilweise unterschiedliche Ziele: Russland will Assad stabilisieren und seine Militärbasen sichern, Iran will schiitische Milizen aufbauen und eine Landverbindung zum Libanon etablieren. Im Kaukasus kollidieren russische und iranische Interessen: Moskau ist mit Aserbaidshan verbündet, das 2020 und 2023 militärisch gegen Armenien vorging – Iran sympathisiert eher mit Armenien, auch weil eine große armenische Diaspora in Iran lebt. Zudem ist Russland ein Öl- und Gasproduzent – genau wie Iran. Beide konkurrieren auf asiatischen Märkten, auch wenn sie nach außen Kooperation betonen.

Dennoch bleibt Russland für Iran ein strategischer Partner, der Iran politisch und militärisch Rückendeckung gibt. Die Ukraine-Krieg hat diese Bindung intensiviert, weil beide Staaten noch stärker vom Westen isoliert wurden und gemeinsame Interessen an einer eurasischen Integration haben.

Grenzen und Widersprüche: Die Realität hinter der Rhetorik

Irans "Look East"-Strategie klingt auf dem Papier kohärent: Integration in SCO und BRICS, enge Partnerschaften mit China und Russland, Abkehr vom Westen. Doch die Realität ist komplexer und widersprüchlicher.

1. Konkurrenz zu regionalen Rivalen. Die Aufnahme von Saudi-Arabien, den VAE, Ägypten und Iran in BRICS schafft eine Plattform, in der direkte regionale Konkurrenten zusammensitzen. Iran und Saudi-Arabien haben zwar 2023 diplomatische Beziehungen wiederhergestellt, doch das Misstrauen bleibt tief. Die VAE sind enge Verbündete Israels, gegen das Iran feindlich eingestellt ist. Diese Spannungen begrenzen, was BRICS als Organisation leisten kann.
2. Chinas Vorsicht. Peking will Iran nicht verlieren, aber auch nicht riskieren, selbst unter US-Sanktionen zu geraten. Chinesische Investitionen in Iran bleiben deshalb begrenzt, und Peking pflegt parallele Beziehungen zu Irans Gegnern. China agiert als neutraler Mitspieler, nicht als iranischer Patron.
3. Inneriranische Opposition. Die 400-Milliarden-Dollar-Partnerschaft mit China war innenpolitisch umstritten. Kritiker warfen der Regierung vor, iranische Souveränität zu opfern. Auch die SCO- und BRICS-Mitgliedschaften wurden von Teilen der iranischen Öffentlichkeit skeptisch gesehen – nicht weil sie grundsätzlich abgelehnt wurden, sondern weil die konkreten Vorteile unklar

blieben. Ehemalige Diplomaten wie Kourosh Ahmadi warnten, dass "Illusionen über potenzielle Vorteile aus SCO und BRICS schädlicher sein könnten, als gar kein Mitglied zu sein".

4. Fehlende institutionelle Tiefe. Weder SCO noch BRICS verfügen über bindende Mechanismen für wirtschaftliche Integration. Handel erfolgt bilateral, nicht multilateral. Die SCO hat keine gemeinsame Währung, keine Freihandelszone, keine supranationalen Institutionen. BRICS ist ähnlich lose organisiert – Konsens-Entscheidungen bei neun (bald elf) Mitgliedern mit höchst divergierenden Interessen sind schwierig.
5. Sanktionen als Hürde. Solange US-Sanktionen gegen Iran bestehen, bleiben ausländische Investitionen riskant. Selbst chinesische und russische Firmen zögern, große Projekte in Iran zu starten, weil sie Zugang zu westlichen Märkten und Finanzsystemen verlieren könnten. Die NDB hat bisher keine großen Kredite an Iran vergeben – vermutlich aus Angst vor Reputationsrisiken.

Fazit: Symbolischer Erfolg, begrenzte substanzielle Integration

Irans "Blick nach Osten" ist real – aber seine Wirkung ist begrenzt. Die SCO- und BRICS-Mitgliedschaften sind symbolische Erfolge, die Irans diplomatische Isolation durchbrechen und der Regierung innenpolitische Legitimität verschaffen. Sie signalisieren, dass Iran Teil einer Bewegung ist, die eine multipolare Weltordnung anstrebt. Für die iranische Führung, insbesondere für Obersten Führer Khamenei und Präsident Raisi, sind diese Mitgliedschaften Bestätigungen ihrer strategischen Vision.

Doch substanziell bleiben die Erträge überschaubar. Die erhofften chinesischen Großinvestitionen von 400 Milliarden Dollar sind nicht materialisiert. Die SCO hat keine wirtschaftlichen Durchbrüche gebracht. BRICS ist als Organisation zu heterogen, um kohärente Politik zu formulieren. Die New Development Bank hat Iran nicht mit Krediten überschüttet. Der Dollar bleibt dominant im globalen Handel, trotz De-Dollarisierungsbemühungen.

Was Iran erreicht hat, ist eine engere Anbindung an China und Russland – zwei Mächte, die ihre eigenen Gründe haben, Iran zu unterstützen, aber keine bedingungslose Solidarität bieten. China braucht iranisches Öl, will aber auch gute Beziehungen zu Saudi-Arabien und den VAE. Russland schätzt Iran als Waffenlieferanten und diplomatischen Verbündeten, verfolgt aber eigene Interessen im Kaukasus und Zentralasien, die nicht immer mit iranischen übereinstimmen.

Irans "Look East" ist also weniger eine vollständige Neuausrichtung als ein pragmatischer Balanceakt: Iran nutzt asiatische und eurasische Strukturen, um westliche Isolation zu kompensieren, bleibt aber in seiner strategischen Autonomie eingeschränkt. Die Rhetorik von der "neuen Weltordnung" klingt

beeindruckend, doch die Realität ist nüchterner. Iran ist Teil eines multipolaren Systems geworden – aber als Junior-Partner, nicht als gleichberechtigter Gestalter.

Die Zukunft dieser Strategie hängt davon ab, ob Iran es schafft, seine wirtschaftlichen Strukturen zu stabilisieren, ob Sanktionen gelockert werden, und ob China und Russland bereit sind, ihre Unterstützung zu vertiefen. Solange diese Fragen offen bleiben, wird Irans "Blick nach Osten" ein strategischer Notbehelf bleiben – wichtig für das Überleben, aber nicht ausreichend für echten Wohlstand.

Anmerkungen und Quellen

Anadolu Agency: "Iran becomes full member of Shanghai Cooperation Organization" (Juli 2023), <https://www.aa.com.tr/en/asia-pacific/iran-becomes-full-member-of-shanghai-cooperation-organization/2936909>

Caspian News: "Iran Becomes Full Member of Shanghai Cooperation Organization" (Juli 2023), <https://caspiannews.com/news-detail/iran-becomes-full-member-of-shanghai-cooperation-organization-2023-7-5-51/>

FDD (Foundation for Defense of Democracies): "Iran Becomes Full Member of Shanghai Cooperation Organization" (Juli 2023), <https://www.fdd.org/analysis/2023/07/06/iran-becomes-full-member-of-shanghai-cooperation-organization/>

Atlantic Council: "Iran joining the SCO isn't surprising. But Beijing's promotion of illiberal norms in Eurasia should get more attention" (Juli 2023), <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/iransource/iran-sco-china-bri-illiberal-norms/>

The Washington Institute: "Iran One Step Closer to SCO Membership" (September 2022), <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/iran-one-step-closer-sco-membership>

Iran International: "Iran Becomes A Member Of BRICS, With Hopes And Challenges" (Januar 2024), <https://www.iranintl.com/en/202401020918>

The Iran Primer (USIP): "Iran to Join the BRICS Alliance" (August 2023), <https://iranprimer.usip.org/blog/2023/aug/24/iran-join-brics-alliance>

Tehran Times: "Iran joins BRICS group formally in 2024" (Januar 2024), <https://www.tehrantimes.com/news/493180/Iran-joins-BRICS-group-formally-in-2024>

Stimson Center: "The Implications of Iran's Inclusion in BRICS" (August 2023), <https://www.stimson.org/2023/the-implications-of-irans-inclusion-in-brics/>

Al Jazeera: "Saudi Arabia, Iran among six nations invited to join BRICS" (August 2023), <https://www.aljazeera.com/economy/2023/8/24/saudi-arabia-iran-to-join-brics-as-grouping-admits-six-new-members>

Atlantic Council: "BRICS is doubling its membership. Is the bloc a new rival for the G7?" (August 2023), <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/experts-react/brics-is-doubling-its-membership-is-the-bloc-a-new-rival-for-the-g7/>

Rasanah International Institute for Iranian Studies: "The Iran-China 25-Year Comprehensive Strategic Partnership: Challenges and Prospects" (April 2021), <https://rasanah-iiis.org/english/position-estimate/the-iran-china-25-year-comprehensive-strategic-partnership-challenges-and-prospects/>

IRAM Center: "The Latest Status of the 25-Year Comprehensive Cooperation Agreement Between Iran and China" (Januar 2022), <https://iramcenter.org/en/the-latest-status-of-the-25-year-comprehensive-cooperation-agreement-between-iran-and-china-737>

USCC (U.S.-China Economic and Security Review Commission): "China-Iran Relations: A Limited but Enduring Strategic Partnership" (Juni 2021), https://www.uscc.gov/sites/default/files/2021-06/China-Iran_Relations.pdf

AGSI: "Implementing the China-Iran Comprehensive Strategic Partnership: Not So Fast" (Januar 2022), <https://agsi.org/analysis/implementing-the-china-iran-comprehensive-strategic-partnership-not-so-fast/>

The Diplomat: "What's in the China-Iran Strategic Cooperation Agreement?" (März 2021), <https://thediplomat.com/2021/03/whats-in-the-china-iran-strategic-cooperation-agreement/>

Al Jazeera: "Iran and China sign 25-year cooperation agreement" (März 2021), <https://www.aljazeera.com/news/2021/3/27/iran-and-china-sign-25-year-cooperation-agreement-in-tehran>

Brandeis University Crown Center: "The Iranian-Chinese Strategic Partnership: Why Now and What it Means" (April 2021), <https://www.brandeis.edu/crown/publications/crown-conversations/cc-8.html>